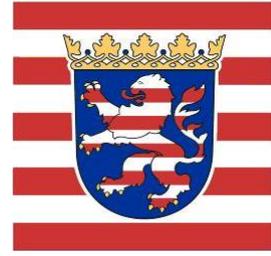




HESSEN



# Bericht aus Brüssel

02/2023 vom 27.01.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Wirtschaft.....	10
Energie.....	15
Digital.....	15
Forschung.....	16
Finanzen.....	17
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	18
Umwelt.....	20
Landwirtschaft.....	22
Justiz.....	23
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	27
Information, Kommunikation und Medien.....	28
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	31

### **Kommission, Demografiebericht 2023 vorgelegt**

Die Kommission hat am 17.01.2023 ihren Bericht 2023 über die Folgen des demografischen Wandels veröffentlicht und damit ihren Bericht aus 2020 aktualisiert. Sie überprüft in dem Bericht die demografischen Entwicklungen und Auswirkungen des Brexits, der COVID-19-Pandemie, sowie des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Im Bericht wird herausgestellt, dass die demografischen Herausforderungen dringend angegangen werden müssen, um Wohlstand und Wohlergehen in der EU auch künftig zu sichern. Zu diesen Herausforderungen zählen alternde Bevölkerung, schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, allgemeiner Bevölkerungsrückgang, aber auch immer größere regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land. Ferner wird in dem Bericht untersucht, wie und ob demografische Muster beschleunigt oder gestört werden, wann diese stattfinden, ob die sie vorübergehend sind oder aber anhaltende Auswirkungen auf den demografischen Wandel haben.

[https://commission.europa.eu/system/files/2023-01/the\\_impact\\_of\\_demographic\\_change\\_in\\_a\\_changing\\_environment\\_2023.PDF](https://commission.europa.eu/system/files/2023-01/the_impact_of_demographic_change_in_a_changing_environment_2023.PDF)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Rat; Zivile EU-Mission in Armenien soll zur Stabilität in den Grenzgebieten beitragen**

Der Rat der Außenministerinnen und Außenminister hat am 23.01.2023 vereinbart, eine zivile Mission der Europäischen Union in Armenien (EUMA) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) einzurichten. Sie soll zur Stabilität in den Grenzgebieten Armeniens beitragen, vor Ort Vertrauen aufbauen und ein Umfeld gewährleisten, das den von der EU unterstützten Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan förderlich ist. Mit der Einrichtung einer EU-Mission in Armenien werde die EU die Deeskalationsbemühungen weiter unterstützen. Europa sei entschlossen, in enger Zusammenarbeit mit beiden Seiten auf einen dauerhaften Frieden in der Region hinzuwirken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/01/23/armenia-eu-sets-up-a-civilian-mission-to-ensure-security-in-conflict-affected-and-border-areas/>

### **Rat; Iran: weitere restriktive Maßnahmen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen beschlossen**

Der Rat der Außenministerinnen und Außenminister hat am 23.01.2023 beschlossen, im Rahmen der bestehenden Sanktionsregelung angesichts der Menschenrechtssituation in Iran weitere 18 Personen und 19 Organisationen in die Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, aufzunehmen. Dies geschieht angesichts ihrer Rolle bei der weit verbreiteten und unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt gegen friedliche Demonstranten nach dem Tod von Mahsa Amini. Zu den in die Liste aufgenommenen Personen gehören Vertreter der Regierung und des iranischen Parlaments, wichtige Politiker und Medienvertreter sowie hochrangige Mitglieder der iranischen Sicherheitskräfte, einschließlich des Korps der Iranischen Revolutionsgarde. Die restriktiven Maßnahmen der EU gelten nun für insgesamt 164 Personen und 31 Organisationen. Es handelt sich dabei um das Einfrieren von Vermögenswerten, ein Reiseverbot für die EU und ein Verbot, den gelisteten Personen, Organisationen und Einrichtungen

Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das Ausfuhrverbot in den Iran betrifft Ausrüstung, die zur internen Repression eingesetzt und zur Überwachung des Telekommunikationsverkehrs genutzt werden kann. Die EU und ihre Mitgliedstaaten fordern die iranische Regierung nachdrücklich auf, das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Proteste einzustellen, keine willkürlichen Inhaftierungen mehr vorzunehmen, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, und alle illegal inhaftierten Personen freizulassen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/01/23/iran-eu-adopts-further-restrictive-measures-against-human-rights-violations/>

### **Kommission; Sondierung zu Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik**

Die Kommission stellt für die Zeit vom 12.01.2023 bis 09.02.2023 die Sondierung zu der für das zweite Quartal 2023 geplanten Mitteilung über eine neue Agenda für die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik zur Konsultation. Laut Kommission müsse die Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik angesichts der neuen geopolitischen Realität eine neue Dynamik bekommen. Seitens der Kommission ist geplant, dass die Initiative eine umfassende Agenda aufstellt, um die Beziehungen zu intensivieren. Die Region sei ein wichtiger Partner für Handel und Investitionen sowie für den digitalen und ökologischen Wandel.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13670-Neue-Agenda-fur-die-Beziehungen-der-EU-zu-Lateinamerika-und-der-Karibik\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13670-Neue-Agenda-fur-die-Beziehungen-der-EU-zu-Lateinamerika-und-der-Karibik_de)

### **Rat; Russlands Aggression gegen die Ukraine**

Der Rat für auswärtige Angelegenheiten hat am 23.01.2023 einen Gedankenaustausch über die Aggression Russlands gegen die Ukraine geführt. Die Ministerinnen und Minister versicherten der Ukraine, dass die gemeinsamen Bemühungen der EU so lange wie nötig fortgesetzt werden. Die Ministerinnen und Minister haben bei dem Treffen weiterhin über zusätzliche militärische Unterstützung der EU für die Ukraine beraten. Es wurde zum einen eine Einigung erzielt über die siebte Tranche der militärischen Unterstützung mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 500 Mio. EUR und zum anderen über einem zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von 45 Mio. EUR zur Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte durch militärische Ausbildungsmission EUMAM Ukraine. Damit beläuft sich die militärische Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität auf insgesamt 3,6 Mrd. EUR. Der Rat hat ebenfalls seine Unterstützung für die Initiative der Ukraine für einen gerechten Frieden bekundet und betont, wie wichtig es sei, diese Initiative so weit wie möglich zu unterstützen und an ihren wichtigsten Elementen festzuhalten: der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und ihrem naturgegebenen Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Außerdem haben die Ministerinnen und Minister noch Optionen für einen Rechenschaftsmechanismus erörtert. Breite Zustimmung fand die Einrichtung einer internationalen Anklagebehörde in Den Haag als ersten Schritt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/01/23/>

## Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 16.-19.01.2023 in Straßburg

### Ergebnisse des EU-Gipfels vom 15.12.2022

Am 18.01.2023 fand eine Debatte mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 15.12.2022 statt. In der Debatte forderten die MdEP u.a. eine weitere Unterstützung für die Ukraine und eine gemeinsame Antwort der EU auf das US-Inflationsbekämpfungsgesetz. Die MdEP begrüßten die anhaltende Unterstützung der EU für den Widerstand der Ukraine gegen die russische Aggression. Sie zeigten sich überzeugt, dass sich das europäische Modell gegen die russische Diktatur durchsetzen wird, da Europa die Menschen in den Mittelpunkt stelle und sie nicht benutze, um den Willen eines politischen Führers durchzusetzen. Einige MdEP forderten eine Aufstockung der Unterstützung für die Schwächsten in der Lebenshaltungskostenkrise und bessere Bedingungen für Plattformarbeiter. Andere begrüßten den Aktionsplan der Kommission für die europäische Industrie und forderten einen EU-Fonds als Antwort auf das US-Inflationsbekämpfungsgesetz. Einige MdEP schlugen vor, die EU-Subventionen gezielter einzusetzen und mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren – die sei eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Mehrere MdEP forderten die EU auf, die Dynamik des grünen Wandels beizubehalten und die im europäischen Green Deal festgelegte Arbeit voranzutreiben.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-18-ITM-006\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-18-ITM-006_DE.html)

### Wahl von MdEP Marc Angel (LUX/S&D) zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments

Nach der Abwahl von MdEP Eva Kaili (FL/GRI) als Vizepräsidentin im Dezember wählten die MdEP am 18.01.2023 MdEP Marc Angel (S&D/LUX) zum neuen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. Er erhielt im zweiten Wahlgang in geheimer Abstimmung die absolute Mehrheit (307 von 590) der abgegebenen Stimmen. Auf die Kandidatin der ID-Fraktion MdEP Annalisa Tardino (ID/ITL) entfielen 185 Stimmen, auf die Kandidatin der GRÜNEN MdEP Gwendoline Delbos-Corfield (GRÜNE/FRA) entfielen 98 Stimmen. Im ersten Wahlgang erhielt kein Kandidat die notwendige Mehrheit einer absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Angel 263, Tardino 179 und Delbos-Corfield 113).

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230113IPR66631/marc-angel-zum-vizeprasidenten-des-europaischen-parlaments-gewahlt>

### Neue Entwicklungen in Bezug auf die Vorwürfe von Korruption und ausländischer Einflussnahme und die Notwendigkeit, Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht in den Organen der EU zu stärken

Am 17.01.2023 fand eine Aussprache mit Kommissarin Ylva Johansson zum Thema „Neue Entwicklungen in Bezug auf die Vorwürfe von Korruption und ausländischer Einflussnahme und die Notwendigkeit, Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht in den Organen der EU zu stärken“ statt. Kommissarin Ylva Johansson eröffnete die Debatte im Namen der Kommission und beklagte die "wenigen, die die gute Arbeit so vieler gefährdet haben". Mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht allein reichten nicht aus, um die Korruption zu bekämpfen, die mit der ganzen Härte des Gesetzes angegangen werden müsse, fügte sie hinzu. Anschließend kündigte sie an, dass die Kommission in Kürze ein neues Gesetz vorlegen werde, das alle Formen der Korruption unter Strafe stelle und EU-weit

einheitliche Definitionen und Strafen sowie die notwendigen Instrumente für Polizei und Gerichte vorsehe. Ein zweites Maßnahmenpaket, das "Paket zur Verteidigung der Demokratie", sei ebenfalls in Vorbereitung, fügte die Kommissarin hinzu. Die MdEP, die sich im Namen der Fraktionen zu Wort meldeten, brachten ihre anhaltende Wut, Scham und Betroffenheit über die Korruptionsvorwürfe zum Ausdruck, wobei eine breite Mehrheit der Redner sich darüber ärgerte, dass die Handlungen einiger weniger Personen einen Schatten auf das Parlament werfen, das alle Europäer vertritt. In der Debatte wurde bekräftigt, dass die Demokratie nicht käuflich sei und dass Reformen dringend notwendig seien, um die Demokratie vor Korruption und ausländischer Einmischung zu schützen, und es wurden konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen gemacht, darunter

- die Einsetzung eines Ausschusses, der sich mit diesem Thema befasst;
- das EU-Transparenzregister vollständig obligatorisch zu machen;
- die Einrichtung eines unabhängigen Ethikgremiums für die EU-Institutionen;
- Verbesserung der Vorschriften für die Meldung von Missständen;
- bessere Durchsetzung der bestehenden Vorschriften und
- volle Berücksichtigung der Beiträge der beiden Sonderausschüsse für ausländische Einmischung (INGE und ING2).

Die meisten MdEP waren sich einig, dass die Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht nur offen, öffentlich und durch die Übernahme von Verantwortung erfolgen kann, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen. Viele wiesen darauf hin, dass es nicht darauf ankomme, welches Land gerade im Rampenlicht stehe, weil es versuche, sich in die europäische Demokratie einzumischen, sondern dass die EU und insbesondere das Parlament sich vor solchen Versuchen schützen müssten. Einige verwiesen auf eine wahrgenommene Kultur der Straffreiheit und auf die negativen Auswirkungen des Lobbyismus und beklagten, dass die Nebeneinkünfte der MdEP und die Art und Weise, wie ihre Vergütungen ausgegeben werden, nicht genau genug überwacht werden. Einige bezweifelten, dass die bestehenden politischen Strukturen in der Lage sind, diese Probleme anzugehen, während andere der Meinung waren, dass das Parlament mit bemerkenswerter Entschlossenheit reagiert hat, um das Problem anzugehen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-17-ITM-012\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-17-ITM-012_DE.html)

#### Erklärung von EP-Präsidentin Roberta Metsola zur Stärkung der Transparenz

EP-Präsidentin Roberta Metsola hatte bereits am 16.01.2023 eine Erklärung über die notwendigen Maßnahmen im Parlament zur Stärkung von Integrität, Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht abgegeben. Das EP sei stolz auf seine Offenheit, seine Zugänglichkeit und seine Verteidigung der Gesetzgebung in der Öffentlichkeit. Das Prinzip "Offenheit schafft Vertrauen" sei wichtig. Jeder Missbrauch oder jede Fehlanwendung der zu diesem Zweck geschaffenen Instrumente müsse entschieden und systematisch angegangen werden. Alle potenziellen Schwachstellen müssen beseitigt werden. Mit den Fraktionsvorsitzenden habe sie sich auf einen ersten Schritt in einer Reihe von Punkten geeinigt. Als Ausgangspunkt werde geprüft, wie man eine Drehtürpolitik einführen könnte, wie man für mehr Transparenz sorgen könnte, wie man die Rechenschaftspflicht und die Kontrolle der Interessenvertreter verbessern könnte, wie man besser kontrollieren könnte und wer Zugang zu den Räumlichkeiten habe.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-16-ITM-003\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-16-ITM-003_DE.html)

### 30-jähriges Bestehen des Binnenmarktes

Nach einer kurzen Zeremonie und einer Debatte mit der Ratspräsidentschaft und der Kommission am 16.01.2023 nahmen die MdEPn am 17.01.2023 eine Entschließung zum 30-jährigen Bestehen des EU-Binnenmarktes an. Der Text umreißt die dringendsten Herausforderungen, vor denen der Binnenmarkt heute steht, und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

### Jahresbericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre militärische, politische und humanitäre Hilfe für die Ukraine aufstocken und ihre Verteidigung gegen russische Bedrohungen der europäischen Sicherheit verstärken, fordern die MdEP in ihrem Jahresbericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der am 18.01.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP David McAllister (EVP/DEU) mit einer Mehrheit von 407 - 92 - 142 angenommen wurde. Die Reaktion der EU auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine werde von Autokratien in der ganzen Welt genau beobachtet und einen entscheidenden Einfluss auf ihr Verhalten auf der internationalen Bühne haben, warnen die MdEP. Die MdEP fordern die EU auf, bestimmte Entscheidungen ohne militärische Konsequenzen, insbesondere in Bezug auf Sanktionen und Menschenrechte, mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu treffen. Die Erhaltung der Sicherheit der Europäischen Union sei eng mit der Konsolidierung des Erweiterungsprozesses, der Beschleunigung des Beitritts von Bewerberländern und möglichen Bewerberländern sowie der Konsolidierung der Nachbarschaftspolitik der EU verknüpft, argumentieren die MdEP. Sie fordern die EU auf, ihre Abhängigkeit von Energieressourcen und anderen für die Infrastruktur wichtigen Materialien zu verringern, die aus Drittländern importiert werden - insbesondere aus Ländern, die die Werte der Europäischen Union nicht teilen oder mit denen die Union in Systemrivalität steht.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0009\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0009_DE.html)

### EP fordert Leopard 2 für die Ukraine

Im Jahresbericht 2022 über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), der am 18.01.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Tom Vandenkendelaere (EVP/BEL) mit einer Mehrheit von 459 - 93 - 85 angenommen wurde, fordern die MdEP die sofortige Bereitstellung moderner Waffen und eines Luftabwehrsystems der nächsten Generation. Die MdEP betonen zudem, dass die Ukraine ihre territoriale Unversehrtheit innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen verteidigt und dringend Militärhilfe und schwere Waffen benötigt, um den Krieg zu gewinnen. Der Bericht begrüßt neue EU-Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit und Verteidigung in Europa, insbesondere die Erklärung von Versailles, den Strategischen Kompass, die Gemeinsame Mitteilung zu den Defiziten bei den Verteidigungsinvestitionen und den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung, mit der Anreize für eine gemeinsame Beschaffung gesetzt werden. Die MdEP fügen hinzu, dass die Mitgliedstaaten die Politik und Fähigkeiten der EU zur Cyberabwehr weiterentwickeln und Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften mit gleichgesinnten Partnern weltweit aufbauen sollten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0010\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0010_DE.html)

### Iran: EP fordert Sanktionen

Die MdEP sind der Ansicht, dass die „eklatante Missachtung der Menschenwürde und der demokratischen Bestrebungen der eigenen Bürger durch das iranische Regime sowie dessen Unterstützung für die Russische Föderation weitere Anpassungen der Position der EU gegenüber Iran erforderlich machen“. So steht es einer am 19.01.2023 mehrheitlich per Handzeichen angenommenen Entschließung. Das EP fordert die EU

auf, die EU-Sanktionsliste auf alle Personen und Einrichtungen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, und ihre Familienangehörigen auszuweiten, einschließlich des Obersten Führers, Ali Khamenei, des Präsidenten, Ebrahim Raissi, und des Generalstaatsanwalts Mohammad Dschafar Montaseri sowie aller Stiftungen, die mit dem Korps der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) in Verbindung stehen. Außerdem fordern die MdEP den Rat und die Mitgliedstaaten auf, das IRGC und die ihm untergeordneten Streitkräfte, einschließlich der paramilitärischen Bassidsch-Milizen und der Quds-Einheit, in die EU-Terroristenliste aufzunehmen. Alle Länder, in denen das IRGC militärische, wirtschaftliche oder informationelle Operationen durchführt, sollten ihre Beziehungen zum IRGC zu beenden und verbieten. In der Entschließung wird eine Ausweitung der restriktiven Maßnahmen gegen den Iran gefordert, der weiterhin der Russischen Föderation unbemannte Luftfahrzeuge bereitstellt und beabsichtigt, ihr Boden-Boden-Flugkörper für den Einsatz gegen die Ukraine zur Verfügung zu stellen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0016\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0016_DE.html)

#### Krieg in der Ukraine: Strafverfolgung russischer Kriegsverbrecher

In einer am 19.01.2023 mit einer Mehrheit von 472 - 19 - 33 angenommenen Entschließung fordert das EP die EU auf, in enger Zusammenarbeit mit der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft auf die Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofs zu drängen, „der das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine, das von der politischen und militärischen Führung der Russischen Föderation und ihren Verbündeten begangen wurde, strafrechtlich verfolgt“ (siehe Beitrag unter „Justiz“).

#### Prioritäten der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft

Am 17.01.2023 diskutierten die MdEP mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson über das Programm der schwedischen Ratspräsidentschaft, die am 01.01.2023 begonnen hat. In seiner Rede sagte Kristersson, dass die erste Priorität der schwedischen Ratspräsidentschaft die Sicherheit Europas sein werde, es gelte, die vom Krieg zerrüttete Ukraine weiter zu unterstützen und die geopolitische Bedeutung der EU in einer zunehmend unsicheren Welt hervorzuheben. Er betonte jedoch auch, dass die EU bei der Schaffung von Sicherheit auch andere Aspekte berücksichtigen müsse, die unseren Bürgern am Herzen liegen. Er wies darauf hin, dass die EU wirksamer gegen das organisierte Verbrechen zusammenarbeiten und auf eine gemeinsame und kohärente Migrationspolitik hinarbeiten müsse. Er sprach weiter über die entscheidende Rolle der EU beim grünen Übergang, ihre Verbindung zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit Europas und darüber, dass viele Unternehmen den Übergang von einer von fossilen Brennstoffen abhängigen zu einer fossilfreien Wirtschaft nutzen wollen. Die Aufgabe der Politiker sollte es sein, den richtigen Rahmen zu schaffen. Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič betonte, dass die EU ihre Einigkeit und Entschlossenheit zur Unterstützung der Ukraine aufrechterhalten müsse und dass diejenigen in Russland, die für die Aggression und die Verbrechen in der Ukraine verantwortlich seien, zur Rechenschaft gezogen werden müssten. 2022 hat die EU doppelt so viel Energie aus erneuerbaren Energien gewonnen wie erwartet, und sie sollte versuchen, diese Menge 2023 noch einmal zu verdoppeln. Europa sollte seine Wettbewerbsfähigkeit steigern, die EU-Investitionen im Rahmen von Repower EU wiederbeleben und seine Clean-Tech-Industrie unterstützen - insbesondere in einer Zeit, in der Länder wie die USA und China Subventionen einsetzen, die der europäischen Wettbewerbsfähigkeit schaden. Er begrüßte auch den Schwerpunkt des schwedischen Ratsvorsitzes auf dem Thema Migration und betonte erneut die Notwendigkeit eines soliden Asyl- und Migrationssystems. Die Fraktionsvorsitzenden waren sich in den meisten prioritären Bereichen einig, auf die sich der Ratsvorsitz

konzentrieren sollte, wie z.B. Innovation, Beschäftigungsmöglichkeiten, Migration, Klimawandel und Binnenmarkt, wobei sie unterschiedliche Vorschläge unterbreiteten, wie in diesen Bereichen Ergebnisse erzielt werden können. Einige Fraktionen betonten die Notwendigkeit, den jüngsten Subventionen für die US-Industrie entgegenzuwirken, indem die Wettbewerbsfähigkeit der EU auch durch Handelsabkommen gestärkt wird. Andere konzentrierten sich mehr auf den Aufbau eines starken sozialen Europas, um schutzbedürftige Familien zu schützen und die Integrität des Binnenmarktes zu gewährleisten, sowie auf den Schutz der EU-Grenzen und die Rettung von Migranten auf See.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-17-ITM-003\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-17-ITM-003_DE.html)

#### Verbringung von Abfällen

Das EP hat am 17.01.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Pernille Weiss (EVP/DNK) mit einer Mehrheit von 594 - 5 – 43 seine Position für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten zur Überarbeitung der EU-Verfahren und Kontrollmaßnahmen für Abfallverbringungen angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 26.01.2023**

#### Ansprache von Isaac Herzog, dem Staatspräsident Israels, zum Holocaust-Gedenktag

In einer Ansprache vor dem EP anlässlich des Holocaust-Gedenktages erklärte Herzog am 26.01.2023, die EU müsse sicherstellen, dass Juden auf dem Kontinent sicher leben könnten. Dazu gehörte die Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten, die Bildung und Sicherheitsmaßnahmen. Man müsse die Warnzeichen lesen und die Symptome des Antisemitismus erkennen. Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27.01.1945. Die Ansprache von Isaac Herzog war der einzige inhaltliche Tagesordnungspunkt der EP-Sonderplenarsitzung zum Holocaust-Gedenktag. EP-Präsidentin Roberta Metsola bezeichnete den Holocaust als das größte Verbrechen der Geschichte: Trotz der vielen Jahre, die vergangen sind, sei es wichtig, das Gedenken an den Holocaust fortzusetzen, weil der Antisemitismus immer noch existiert. Das EP werde sich stets voller Respekt auf die Seite derer stellen, die für Menschenwürde, Gleichheit und Hoffnung eintreten, versicherte sie und fügte hinzu, dass das EP in seinem Kampf für die Verteidigung der menschlichen Werte und gegen Hass und Diskriminierung niemals schweigen werde. Der israelische Staatspräsident Herzog hatte seine Rede mit den Worten eröffnet: „Ich stehe heute vor Ihnen als Präsident des Staates Israel, des demokratischen Nationalstaates des jüdischen Volkes, aber mein Herz und meine Gedanken sind bei meinen Brüdern und Schwestern, die im Holocaust getötet wurden, und deren einziges Verbrechen ihre jüdische Identität und ihre Menschlichkeit war.“ Europa könnte ohne die Juden nicht das sein, was es ist, aber der Antisemitismus habe Europa wie eine Autoimmunerkrankung dazu gebracht, einen Teil seiner eigenen DNA anzugreifen, und eine gemeinsame Jahrtausende lange Geschichte sei ausgelöscht worden. Präsident Herzog erinnerte daran, dass es den Antisemitismus und die Leugnung des Holocausts immer noch gibt, allerdings in neuem Gewand und über neue Kanäle - insbesondere im Internet. Europa müsse eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung dieses Antisemitismus spielen. Er appellierte an die MdEP, dem zunehmenden Antisemitismus nicht tatenlos zuzusehen und forderte sie auf, die Warnzeichen zu erkennen, die Symptome der Pandemie des Antisemitismus zu sehen und sie um jeden Preis zu bekämpfen. Sie müssten dafür sorgen, dass jeder Jude, der in der EU ein erfülltes jüdisches Leben führen möchte, dies sicher und furchtlos tun kann.

<https://www.europarl.europa.eu/plenary/de/debate-details.html?date=20230126&detailBy=date>

### **EP; Änderung der Geschäftsordnung des EP bezüglich Vorrechte und Immunität der MdEP**

Am 17.01.2023 hat das EP Änderungen der Artikel 7 und 9 der Geschäftsordnung beschlossen, welche die Vorrechte und Immunität der MdEP regeln. Die Änderungen ermöglichen der Europäischen Staatsanwaltschaft, am Prozess zur Aufhebung der Immunität eines MdEP teilzunehmen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0005\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0005_DE.html)

## Wirtschaft

### **Kommission; Genehmigung der Übernahme von Caverion Corporation durch Bain Capital**

Die Kommission genehmigte am 12.01.2023 die Fusion von Caverion und Bain Capital nach Prüfung im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens. Die Übernahme ergebe keine Bedenken aus der Anwendung des Wettbewerbsrechts, da es keine Überschneidungen der Tätigkeiten der Unternehmen gebe. Das FIN Unternehmen Caverion hat eine Niederlassung in Dreieich in Hessen und ist im Bereich der Gebäudetechnik und der Installation und Wartung von Industrieprozessen tätig. Bain Capital aus den USA ist eine Private Equity Firma, die in Unternehmen aus verschiedenen Sektoren investiert u.a. Informationstechnologie, Kommunikation, Gesundheitswesen, Einzelhandel, Finanzdienstleistungen und Fertigung.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_162](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_162)

### **EP; 30-jähriges Bestehen des EU-Binnenmarkts**

Nach einer kurzen Zeremonie und einer Debatte mit Ratspräsidentschaft und Kommission am 16.01.2023 nahmen die MdEPn am 18.01.2023 eine Entschließung zum 30-jährigen Bestehen des Binnenmarktes an. Der Text umreißt die dringendsten Herausforderungen, vor denen der Binnenmarkt heute steht und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Der EU-Binnenmarkt gilt als eine der größten europäischen Errungenschaften und als Motor der europäischen Integration und Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die MdEP warnen jedoch, dass die Errungenschaften des Binnenmarktes nicht als selbstverständlich angesehen werden können, wenn man bedenke, mit welchen ernsthaften Hindernissen die EU heute konfrontiert sei - von den langfristigen geopolitischen Konflikten bis zum Klimawandel. Drei Jahrzehnte nach seiner Gründung fordern die MdEP von den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen erneutes Engagement und politischen Willen sowie einen spezifischen Aktionsplan für 2030 und darüber hinaus, um den Binnenmarkt weiter zu stärken und auszubauen, insbesondere in Bereichen wie Dienstleistungen, Energie, Telekommunikation und dem digitalen Binnenmarkt. Die jüngsten Erschütterungen des Binnenmarktes (Brexit, Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine) hatten schwerwiegende Auswirkungen auf seine Integrität und Widerstandsfähigkeit und haben die Bedeutung von Einigkeit und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten noch deutlicher gemacht, so die MdEPn. Instrumente wie das Binnenmarkt-Notfallinstrument seien der Schlüssel, um Engpässe in der Lieferkette zu verhindern und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten, so die MdEPn. Die MdEPn betonen, dass sich der Binnenmarkt im Laufe der Jahre entwickelt hat und gewachsen ist, und dass er sich erneut verändern muss, um Motor der EU-Integration zu bleiben. Schließlich unterstreicht der Text die Bedeutung einer wirksamen,

rechtzeitigen und korrekten Anwendung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften durch die Mitgliedstaaten, was für die Stärkung des Verbrauchervertrauens und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen entscheidend ist.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-16-ITM-013\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-01-16-ITM-013_DE.html)

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0008\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0008_DE.html)

### **Kommission; Fortschrittsbericht zum Neuen Europäischen Bauhaus**

Am 17.01.2023 hat die Kommission ihren ersten Fortschrittsbericht zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) vorgelegt. Inzwischen beteiligen sich über 600 offizielle Partnerorganisationen am NEB, darunter mehr als 74 aus Deutschland. Laut Fortschrittsbericht wurden im Zeitraum 2021 - 2022 über 100 Mio. € in NEB-Projekte in der EU investiert. Im Jahr 2023 sollen weitere zehn NEB-Demonstrationsprojekte für eine Förderung ausgewählt werden. Aufgrund der positiven Entwicklung wird die Kommission die NEB-Mittel unter Horizont Europa für die Jahre 2023 - 2024 um weitere 106 Mio. € aufstocken. Zur Unterstützung der Projektentwicklung wurde der NEB-Compass eingeführt, der sich an den Grundprinzipien Nachhaltigkeit, Inklusion und Ästhetik orientiert. Weitere Projekte werden der Aufbau kreativer Räume (NEB-Labore), die Vermittlung von Wissen (NEB-Akademie) und die Jugendarbeit (Erasmus+/DiscoverEU) sein. Bis zum 31.01.2023 führt die Kommission die dritte Ausschreibung für Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus 2023 durch. Die Preisträger werden bis Mitte 2023 ermittelt und zur Verleihung nach Brüssel eingeladen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_23\\_203](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_203)

### **Kommission; Mitteilung „Harnessing Talent in European regions“ (Mechanismus zur Talentförderung) veröffentlicht**

Die Kommission hat am 17.01.2023 eine Mitteilung vorgelegt, mit der sie einen Mechanismus zur Talentförderung initiiert, um die Auswirkungen des demografischen Übergangs besser bewältigen zu können. Der neue Mechanismus soll die Regionen Europas unter anderem dabei unterstützen, Fachkräfte auszubilden, anzuwerben und an die jeweilige Region zu binden. Ohne Gegenmaßnahmen werde der demografische Übergang laut Kommission zu neuen und wachsenden territorialen Disparitäten führen, da die Regionen altern und in Bezug auf Zahl und Qualifikationen der Arbeitskräfte in Rückstand geraten. Dadurch kann sich das demografische Gefüge in Europa verändern und die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU können beeinträchtigt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_23\\_145](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_145)

### **Kommission; Genehmigung der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die NDL- Stellantis N.V und die taiwanesishe Hon Hai Precision Industry Co.**

Die Kommission genehmigte am 17.01.2023 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch NDL- Stellantis und taiwanesishe Hon Hai Precision Industry mit künftigen Sitz in NDL und Tätigkeit in der Entwicklung von Halbleitern für den Automobilmarkt. Die Fusion gebe keinen Anlass zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken, da das Gemeinschaftsunternehmen nicht auf denselben Märkten oder auf Märkten tätig ist, die mit den Märkten, die die Tätigkeit Stellantis oder Hon Hai betreffen, vertikal verbunden ist.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_250](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_250)

### **Kommission; Unterzeichnung einer neuen Copernicus- Vereinbarung**

Am 17.01.2023 unterzeichnete die Kommission eine Kooperationsvereinbarung mit dem japanischen Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie, die den gegenseitigen Austausch von Erdbeobachtungsdaten erleichtern soll. Die EU und Japan arbeiten seit langem in der Raumfahrt zusammen und teilen gemeinsame strategische Interessen. Die Vereinbarung sieht vor, dass die EU Zugang zu den Daten und Dienstleistungen des Erdbeobachtungssystems Copernicus und Japan im Gegenzug freien Zugang zu den Daten seiner Erdbeobachtungssatelliten gewährt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_250](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_250)

### **Kommission; Konsultation zur Evaluierung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds**

Die Kommission hat am 18.01.2023 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds im Zeitraum von 2014-2020 in Bezug auf Wirksamkeit, Effizienz und Auswirkungen der geförderten Investitionen sowie ihre Kohärenz mit anderen politischen Maßnahmen, ihre Relevanz und der EU-Mehrwert gestartet. Dadurch soll herausgefunden werden, welche Faktoren für Erfolg oder Misserfolg entscheidend waren, bewährte Praktiken sollen identifiziert und gemessen werden und welchen Beitrag die Fonds zu Wachstum, nachhaltiger Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. Die Bewertung ist noch bis zum 12.04.2023 für Rückmeldungen offen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13301-Europaischer-Fonds-fur-regionale-Entwicklung-und-Kohasionsfonds-2014-2020-Ex-post-Evaluierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13301-Europaischer-Fonds-fur-regionale-Entwicklung-und-Kohasionsfonds-2014-2020-Ex-post-Evaluierung_de)

### **Kommission; Genehmigung der gemeinsamen Kontrolle über Serentica Renewables Singapore durch KKR und Serentica Mauritius**

Am 19.01.2023 genehmigte die Kommission die Übernahme von Serentica Renewables Singapore Private Limited durch KKR&Co, USA, und Serentica Renewables Private Limited Mauritius gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung. Die Übernahme gebe aus der Sicht des Wettbewerbsrechts im EU Wirtschaftsraum keinen Anlass zu Bedenken aufgrund ihrer begrenzten Auswirkungen auf den Markt. Serentica Renewable Singapore wird allein in Indien in Projekten in den Bereichen erneuerbare Energieerzeugung, Energieversorgung, Energiewende und Dekarbonisierung tätig sein. KKR als globale Investmentgesellschaft mit u. a. Sitz in Frankfurt bietet Vermögensverwaltung sowie Kapitalmarkt- und Versicherungslösungen an. Serentica Mauritius ist in Indien in den Bereichen Bau, Entwicklung, Besitz und Betrieb von Projekten erneuerbarer Energien tätig.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_283](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_283)

### **Kommission; globales Forum „Koalition der Handelsminister für das Klima“**

Die Kommission hat am 19.01.2023 zusammen mit den Mitgliedstaaten und 26 Partnerländern ein globales Forum auf Ministerebene ins Leben gerufen, das sich mit Fragen des Handels, Klimas und der nachhaltigen Entwicklung beschäftigen soll. Diese Koalition der Handelsminister für das Klima strebt an, globale Maßnahmen zur Förderung von Handelspolitiken voranzutreiben, die durch lokale und globale Initiativen zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen können. Es sollen Partnerschaften zwischen Handels- und Klimagemeinschaften aufgebaut werden, damit Strategien für die Handelspolitik zum Beitrag der Bewältigung des Klimawandels entwickelt werden können. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident und Kommissar für Handel, erklärte, dass die Klimakrise eine globale Antwort erfordere und der Handel dazu beitragen könne, den Klimawandel einzudämmen. Die Koalition

ermögliche es, die internationale Zusammenarbeit anzukurbeln und handelspolitische Maßnahmen für klimaresistente Staaten zu fördern.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_283](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_283)

### **EuGH; Urteil über den Missbrauch einer beherrschenden Stellung bei Ausschließlichkeitsklauseln in Vertriebsverträgen**

Der EuGH entschied am 19.01.2023 in der Rechtssache C-680/20, dass Ausschließlichkeitsklauseln in Vertriebsverträgen geeignet sein müssen, Verdrängungswirkungen zu entfalten, damit ein Missbrauch einer beherrschenden Stellung vorliegt. Italia Mkt Operations Srl (Unilever) klagte gegen die Entscheidung der Wettbewerbs- und Marktaufsichtsbehörde ITL (AGCM), dass Unilever ihre beherrschende Stellung auf dem italienischen Markt missbraucht habe. Unilever habe nicht selber den Missbrauch begangen, sondern unabhängige Vertriebshändler der Produkte Unilevers, die den Betreibern der Verkaufsstellen Ausschließlichkeitsklauseln auferlegt hatten. Die Klage Unilevers gegen die Entscheidung der AGCM wurde vom erstinstanzlichen Gericht abgewiesen. Der daraufhin mit dem Rechtsmittel befasste Consiglio di Stato (Staatsrat ITL) legte dem EuGH Fragen zur Vorabentscheidung nach der Auslegung und Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts in Bezug auf die Entscheidung der AGCM vor. Das EuGH-Urteil konkretisierte die Modalitäten der Durchführung des Verbots des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung nach Art. 102 Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) angesichts eines beherrschenden Unternehmens, dessen Vertriebsnetz ausschließlich vertraglich organisiert ist. Der EuGH kommt zu dem Ergebnis, dass Ausschließlichkeitsklauseln in Vertriebsverträgen geeignet sein müssen, Verdrängungswirkungen zu entfalten. Die Wettbewerbsbehörde sei verpflichtet, die tatsächliche Eignung der Ausschließlichkeitsklausel auch unter Berücksichtigung der Beweise zu prüfen, die von dem Unternehmen in beherrschender Stellung vorgelegt wurden. Eine Wettbewerbsbehörde könne einen Verstoß gegen Art. 102 AEUV feststellen, indem sie nachweist, dass das Verhalten trotz seiner fehlenden Wirkung in der Lage war, den Wettbewerb zu beschränken. Die Vorlage von Beweisen während des Verfahrens, die die fehlende Eignung, wettbewerbsbeschränkende Wirkung hervorzurufen, belegen können, begründe die Verpflichtung der Wettbewerbsbehörde, diese Beweise zu prüfen. Die zuständige Wettbewerbsbehörde kann demnach, wenn das Unternehmen in beherrschender Stellung eine Wirtschaftsstudie vorgelegt hat, die zeigen soll, dass das ihm vorgeworfene Verhalten nicht geeignet war, Wettbewerber zu verdrängen, die Relevanz der Studie nicht ausschließen, ohne zu begründen, dass diese Studie es nicht ermögliche, die fehlende Eignung des vorgeworfenen Verhaltens nachzuweisen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-680/20>

### **EuRH; Analyse zu den Fonds der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfazilität**

Der EuRH veröffentlichte am 19.01.2023 eine Analyse zur EU-Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Mit dieser Analyse wird eine vergleichende Untersuchung der Fonds der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2021–2027 und der ARF vorgelegt. Die Analyse soll einen Beitrag zum mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027 leisten. Sie zeigt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Instrumenten in Bezug auf ihren allgemeinen Rahmen, ihre Steuerung, ihre Verwaltung sowie ihre Verknüpfungen und die Risiken und Herausforderungen, die sich aus dem parallelen Einsatz in den kommenden Jahren ergeben, auf. Diese vergleichende Untersuchung ist eine Analyse, kein Prüfungsbericht. Die Kohäsionspolitik sei die wichtigste langfristige Investitionspolitik

der EU zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung von Mitgliedstaaten (MS) und Regionen. Die ARF sei hingegen ein befristetes Krisenreaktionsinstrument zur Abmilderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft der MS und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU und ihrer MS gegenüber künftigen Schocks. Sowohl die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021–2027 als auch die ARF befinden sich noch in einer frühen Phase ihrer Durchführung. Der gleichzeitige Einsatz der ARF und der Fonds der Kohäsionspolitik wird laut EuRH weitere Erkenntnisse liefern, wie sich die Unterschiede im Rechtsrahmen auf die Durchführung und die Ergebnisse auswirken.

[https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/rw23\\_01/rw\\_rff\\_and\\_cohesion\\_funds\\_de.pdf](https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/rw23_01/rw_rff_and_cohesion_funds_de.pdf)

### **Kommission; Konsultation zu einem Vorschlag für eine Zahlungsverzugsrichtlinie**

Am 20.01.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation über die Vorlage eines Vorschlags für eine Zahlungsverzugsrichtlinie gestartet. Obwohl EU-Vorschriften über Zahlungsverzug Zahlungsverzögerungen verringert haben, werden laut Kommission über 60% der Unternehmen in der EU, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), nicht rechtzeitig bezahlt. Die Kommission beabsichtigt die bestehenden EU-Zahlungsvorschriften auf Grundlage verfügbarer und bevorstehender Erkenntnisse zu überarbeiten und somit KMU zu helfen und langfristig eine Kultur der „unverzöglichen Zahlung“ zu erreichen. Die Konsultationsfrist endet am 17.03.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13665-Zahlungsverzug-Aktualisierung-der-EU-Vorschriften\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13665-Zahlungsverzug-Aktualisierung-der-EU-Vorschriften_de)

### **Kommission; erste Sitzung des hochrangigen Forums für europäische Normung**

Am 20.01.2023 richtete die Kommission das erste Treffen des hochrangigen Forums für europäische Normung aus. Das Forum zielt darauf ab, Prioritäten zu setzen, den Normungsbedarf zu ermitteln und die Rolle der EU als Standardsetzer für weltweit auswendbare Normen zu stärken. Durch das Forum soll die EU strategischer, durchsetzungsfähiger und besser koordiniert auftreten können. Schwerpunkte sollen saubere Technologien, Rohstoffe und Quanten sowie Bildung und Kompetenzen in der Normung sein, wozu spezielle Arbeitsgruppen gegründet werden sollen. Zu den Mitgliedern des Forums zählen Führungskräfte aus EU-Unternehmen und KMU, Organisationen der Zivilgesellschaft, Hochschulen, europäische Normungsorganisationen und Mitgliedstaaten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/es/mex\\_23\\_302](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/es/mex_23_302)

### **Kommission; Europäische Raumfahrtkonferenz 2023**

Am 24.01.2023 fand die 15. Europäische Raumfahrtkonferenz in Brüssel statt. Schwerpunkt der Konferenz war die Sicherung der Zukunft Europas in der Raumfahrt. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell und der Kommissar für den Binnenmarkt Thierry Breton stellten ihre Prioritäten für das Europäische Raumfahrtprogramm 2023 vor. Der Fokus werde auf Wettbewerb, Widerstandsfähigkeit, Selbstbestimmtheit und Sicherheit der EU in der Raumfahrt gelegt. Die Bedeutung der Raumfahrt in der aktuellen Situation des Krieges Russlands gegen die Ukraine wurde besonders hervorgehoben. Raumfahrt wurde als strategischer Bereich verstanden und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens hervorgehoben. Borrell und Breton kündigten an, in 2023 eine EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung vorzulegen. Ziel sei es, die Widerstandsfähigkeit der europäischen Weltrauminfrastruktur zu verbessern, und die

gemeinsamen europäischen Fähigkeiten zu stärken. Zudem prüfe die Kommission eine Art "Weltraumgesetzgebung", die allgemein gültige Sicherheitsregeln aufstellen solle.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_342](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_342)

<https://spaceconference.eu/>

## E n e r g i e

### **Kommission; erste Sitzung des Lenkungsausschusses der EU-Energieplattform**

Am 16.01.2023 leitete Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič die erste offizielle Sitzung des Lenkungsausschusses der EU-Energieplattform. Dieser soll gemäß der Verordnung zur Stärkung der Solidarität durch bessere Koordinierung des Gaskaufs, des grenzüberschreitenden Gasaustauschs sowie der zuverlässigen Preisbenchmarks die Koordinierung der Nachfragebündelung und den gemeinsamen Gaseinkauf erleichtern. In der Sitzung wurde eine Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen und der Prozess einer Gründung von Konsortien erörtert, die Gasunternehmen und Gasverbrauchern offenstehen, damit gemeinsam mit internationalen Gaslieferanten verhandelt werden kann, um bessere Preise für EU-Verbraucher zu erzielen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_23\\_226](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_23_226)

### **Kommission; Konsultation zu einer Reform der Gestaltung des EU-Strommarkts**

Am 23.01.2023 hat die Kommission eine Konsultation zur Reform der Gestaltung des EU-Strommarkts gestartet. Die Kommission plant eine Reform, die darauf abzielt, den Markt widerstandsfähiger zu machen und die Auswirkungen der Gaspreise auf die Stromrechnungen zu reduzieren bei gleichzeitiger Unterstützung der Energiewende. Durch eine Änderung der Verordnung (EU) 2019/943 (Elektrizitätsverordnung), der Richtlinie (EU) 2019/944 (Elektrizitätsrichtlinie) sowie der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 (REMIT- Verordnung) sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der derzeitigen Energiekrise und im Winter 2023/24 einen Mehrwert erhalten. Die Konsultationsfrist endet am 13.02.2023.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13668-Strommarkt-Reform-der-Gestaltung-des-EU-Strommarkts\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13668-Strommarkt-Reform-der-Gestaltung-des-EU-Strommarkts_de)

## D i g i t a l

### **Kommission; Durchführungsverordnung für hochwertige Datensätze**

Die Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 zur Festlegung bestimmter hochwertiger Datensätze und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung ist am 20.01.2023 im Amtsblatt veröffentlicht worden. Mit der Verordnung hat die Kommission hochwertige Datensätze festgelegt, die von öffentlichen Stellen innerhalb von 16 Monaten kostenlos zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt werden müssen. Damit soll sichergestellt werden, dass öffentliche Daten, die „das höchste sozioökonomische Potenzial haben“, mit „minimalen rechtlichen und technischen Einschränkungen und kostenlos zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt werden“. Es handelt sich um insgesamt sechs Datenkategorien: Geodaten, Erdbeobachtung und Umwelt, meteorologische Daten, Statistiken, Unternehmen und Mobilität. Die Verordnung legt auch die Bedingungen für die Weiterverwendung und die Mindestanforderungen für die Verbreitung von Daten über

Anwendungsprogrammierschnittstellen (sog. Application-Programming-Interfaces (APIs)) fest.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R0138&from=DE>

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Forschungsrat (ERC); positive Wirkung der ERC-Förderung**

Am 19.01.2023 hat die Kommission einen Bericht zur Wirkung der Förderung von ERC-Grants auf Europas Investitionen in Pionierforschung veröffentlicht. Der ERC ist ein fest etablierter Pfeiler der Exzellenzförderung im Rahmenprogramm Horizont Europa. Die Kommission kommt in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass ERC-Grants einen erheblichen Einfluss auf patentierbare Technologien haben. Mehr als 40% der vom ERC finanzierten Projekte führten zu Forschungsergebnissen, die anschließend in Patenten zitiert wurden. Die Analyse der Kommission basiert auf Daten von 6.671 ERC-geförderten Projekten aus allen wissenschaftlichen Bereichen von 2007 bis 2016. ERC-finanzierte Projekte in den Biowissenschaften hatten demnach den größten Einfluss auf Patente (61% der Projekte), gefolgt von Projekten in den Natur- und Ingenieurwissenschaften (46%). Darüber hinaus unterstreicht die Analyse laut Kommission, dass sich die vom ERC geförderte Forschung positiv auf Technologiebereiche auswirke, deren Entwicklung für die Bewältigung des Klimawandels und die optimale Nutzung des digitalen Wandels entscheidend ist.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/new-study-reveals-how-frontier-research-spurs-patented-inventions>

### **Kommission; Forschungsrat (ERC); neue Förderungen für marktnahe Forschung**

Am 24.01.2023 hat der Europäische Forschungsrat die Ergebnisse über die neusten Förderzusagen für sog. Proof-of-Concept-Zuschüsse bekannt gegeben. Der Europäische Forschungsrat ist ein fest etablierter Pfeiler der Exzellenzförderung im Rahmenprogramm Horizont Europa. Die mit jeweils 150.000 EUR dotierten Grants helfen Forschenden, die Lücke zwischen den Ergebnissen ihrer Pionierforschung und den frühen Phasen der Vermarktung zu schließen. Die Grants sind Teil des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont Europa und sind Anschlussförderungen für bereits geförderte ERC-Projekte. Die ausgewählten ERC-Geförderten nutzen diese Art der Finanzierung, um die Praxistauglichkeit wissenschaftlicher Konzepte zu überprüfen und zur Markteinführung. 90 neue Projekte, darunter 10 aus Deutschland, Zuschüsse vom Europäischen Forschungsrat (ERC) in Höhe von insgesamt 13,5 Mio. EUR erhalten. Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation und Forschung, erklärte, es gehe darum, großen Ideen dabei zu helfen, sich in echte Innovationen zu verwandeln, und auch darum, ein System aufzubauen, in dem sich Innovationen zu wertvollen Produkten und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger entwickelten. Die meisten geförderten Projekte stammen bislang aus der Forschung in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, gefolgt von den Biowissenschaften.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/proof-concept-2022-highlighted-projects>

### **Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN**

Am 16.01.2023 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in Brüssel. Auf der Tagesordnung standen u.a. die mögliche Einführung eines digitalen EUR sowie die EUR-Einführung in KRO. Am 17.01.2023 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der schwedischen Ratspräsidentschaft ebenfalls in Brüssel. Dabei ging es insbesondere um die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Kriegs Russlands gegen die Ukraine. Zudem wurde das Programm der neuen schwedischen Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2023 vorgestellt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2023/01/17/>

### **Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 9,2% gesunken**

Am 18.01.2023 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Dezember 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 9,2% gegenüber 10,1% im November. Ein Jahr zuvor hatte sie 5,0% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Dezember 2022 bei 10,4% gegenüber 11,1% im November. Ein Jahr zuvor hatte sie 5,3% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in ESP (5,5%), LUX (6,2%) und FRA (6,7%) verzeichnet, die höchsten in HUN (25%), LET (20,7%), LIT (20%). Im Dezember kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+2,88 Prozentpunkte), gefolgt von Energie (+2,79 Prozentpunkte), Dienstleistungen (+1,83 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+1,70 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Dezember 9,6%, die in BEL 10,2%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15725179/2-18012023-AP-DE.pdf/5231f550-70b7-bf72-2a75-2358986405da>

### **Kommission; Überarbeiteter deutscher Aufbauplan im Rahmen des Programms NextGenerationEU genehmigt**

Am 19.01.2023 bewertete die Kommission den überarbeiteten deutschen Aufbauplan im Rahmen des Programms NextGenerationEU positiv. DEU hatte am 09.12.2022 einen Antrag auf eine teilweise Änderung von zwei Investitionsmaßnahmen bezüglich der Digitalisierung des Schienenverkehrs sowie bezüglich der Beschleunigung der Forschung und Entwicklung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 beantragt. Die erste Änderung sieht eine Verschiebung des voraussichtlichen Fertigstellungstermins für eines von sieben Projekten auf das erste Quartal 2023 vor, da es außergewöhnliche Verzögerungen bei den Bauarbeiten gab. Bei der zweiten Investitionsmaßnahme sei nur einer der drei Teilnehmer erfolgreich bei der Erforschung sowie Entwicklung eines Impfstoffes gewesen, wodurch sich der Gesamtabfluss von Mitteln im Rahmen des Programms verringert hat. Die Kommission sieht die Antragstellung auf Änderung Deutschlands als gerechtfertigt an, da alle Kriterien weiterhin erfüllt werden und Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz des Plans nicht beeinträchtigt sind. Der deutsche Plan treibt auch weiterhin den grünen und digitalen Wandel des Landes voran und stärkt die wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit. Für den deutschen Plan werden insgesamt 28 Mrd. EUR an Zuschüssen bereitgestellt. Der Rat hat nun eine 4-wöchige Frist, um den Vorschlag der Kommission zur Genehmigung des geänderten Aufbauplans anzunehmen.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-billigt-deutschlands-uberarbeiteten-aufbauplan-2023-01-19\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-billigt-deutschlands-uberarbeiteten-aufbauplan-2023-01-19_de)

### **Kommission; Maßnahmenpaket zur Stärkung der Sozialpartnerschaften vorgelegt**

Die Kommission hat am 25.01.2023 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Sozialpartnerschaften vorgelegt. Das Paket umfasst einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung, die an die Mitgliedstaaten unterschiedliche Rahmenbedingungen adressiert, mit welchen der soziale Dialog auf nationaler Ebene gefördert werden soll. Darüber hinaus hat die Kommission eine Mitteilung darüber vorgelegt, wie sie die Einbeziehung der Sozialpartner auf europäischer Ebene zu stärken gedenkt. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen sollen hierbei die nationalen Traditionen sowie die Autonomie der Sozialpartner in vollem Umfang achten. In der Mitteilung bezeichnet die Kommission den sozialen Dialog als Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit der EU. Dieser führe zu besseren Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Produktionszuwächsen und einem krisenfesteren Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt dadurch, dass die Sozialpartner sich aktiv bei der Erarbeitung von Lösungen auf die sich stellenden Herausforderungen einbringen.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=26558&langId=en>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **EuGH; Urteil zum Anspruch auf Minderung des Reisepreises durch Covid-19-Pandemie**

Der EuGH hat am 12.01.2023 in der Rechtssache C-396/21 sein Urteil verkündet. Er kommt zu dem Schluss, dass ein Reisender oder eine Reisende Anspruch auf eine Minderung des Preises der Pauschalreise hat, wenn eine Vertragswidrigkeit der in seiner Pauschalreise zusammengefassten Reiseleistungen durch Einschränkungen bedingt ist, die an seinem Reiseziel zur Bekämpfung der Verbreitung einer Infektionskrankheit wie Covid-19 angeordnet wurden. Es ist unerheblich, ob die Einschränkungen auch in anderen Ländern angeordnet wurden. Für die Angemessenheit einer Preisminderung muss diese anhand der in der Pauschalreise zusammengefassten Leistungen beurteilt werden und dem Wert der Leistungen entsprechen, deren Vertragswidrigkeit festgestellt wurde. Dabei ergeben sich die Verpflichtungen des Veranstalters nicht nur aus den ausdrücklich im Vertrag vereinbarten, sondern auch aus denen, die mit dem Ziel des Vertrags zusammenhängen. Geklagt hatten zwei deutsche Reisende beim Landgericht München I, nachdem sie eine Pauschalreise aufgrund von durch Covid-19-Pandemie angeordneten Einschränkungen vorzeitig abbrechen mussten und ihnen die Preisminderung von 70% verwehrt wurde.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-396/21>

### **EuGH; Urteil zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen zwischen einem zwischen Rechtsanwalt und Verbraucher geschlossenen Vertrags**

Der EuGH hat am 12.01.2023 in der Rechtssache C-395-21 sein Urteil verkündet und kommt zu dem Schluss, dass eine Klausel eines zwischen einem Rechtsanwalt und einem Verbraucher geschlossenen Vertrags, nach der sich die Vergütung des Anwalts nach dem Zeitaufwand richtet, ohne weitere Angaben nicht dem Erfordernis der Klarheit und Verständlichkeit in Verbraucherverträgen (93/13/EWG) genügt, wenn der Verbraucher vor Vertragsabschluss nicht die Informationen hatte, die ihn in die Lage versetzt hätten, seine Entscheidung mit Bedacht und in voller Kenntnis der

wirtschaftlichen Folgen des Vertragsabschlusses zu treffen. Der Verbraucher muss die Gesamtkosten der Rechtsdienstleistungen, die Einschätzung der voraussichtlich erforderlichen Stunden, die wirtschaftlichen Folgen des Vertragsschlusses einschätzen können, um dem Transparenzerfordernis zu entsprechen. Geklagt hatte ein Anwalt, als ein Verbraucher nicht den vollständigen Betrag für die vom Anwalt in Rechnung gestellte Vergütung gezahlt hatte.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-395/21>

### **EuGH; Schlussanträge zu Buchweizenkeimlingsmehl mit hohem Spermidingehalt als „neuartiges Lebensmittel“**

Am 19.01.2023 hat Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona in der Rechtssache C-141/22 seine Schlussanträge vorgelegt, in denen er die Auffassung vertritt, dass ein Produkt wie Buchweizenkeimlingsmehl mit hohem Spermidingehalt als „neuartiges Lebensmittel“ gemäß Art. 3 Abs. 2 Buchst. a der Verordnung (EU) 2015/2283 anzusehen ist, sowie dass der Begriff „Verfahren der Herstellung“ von Lebensmitteln auch die Stufe der Primärproduktion umfasst. Weiterhin hänge die Einstufung als neuartiges Lebensmittel davon ab, ob das Herstellungsverfahren konkret zur Herstellung des streitigen Produkts verwendet wurde, Buchweizensprossen, die in einer spermidinreichen Lösung gezogen werden, als Lebensmittel einzustufen sind. Hintergrund ist, dass der Kläger klagt, dass die beklagte Partei das Nahrungsergänzungsmittel „go Optimize Spermidine“, das Buchweizenkeimlingsmehl mit einem hohen Spermidingehalt enthält, vertreibt, aber über keine Zulassung für dieses Produkt verfüge und deshalb gegen die Novel Food Verordnung verstoße und daher rechts- und somit wettbewerbswidrig handle.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=269411&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1746>

### **Kommission; Start für EU-Initiative zu bildgebenden Verfahren bei Krebs**

Die Kommission hat 23.01.2023 den Beginn der EU-Initiative über bildgebende Verfahren in der Krebsmedizin verkündet. Mit der Plattform EuCanImage soll die Infrastruktur für den Einsatz von künstlicher Intelligenz bei bildgebenden Verfahren in der Onkologie geschaffen werden. Das Kernstück bietet eine Datenbank für Bilddaten für behandelnde Ärztinnen und Ärzte sowie den Bereich der Gesundheitsforschung. Bezüglich der Sicherheitsarchitektur ist vorgesehen, dass die Daten dezentral und unter Wahrung der europäischen Datenschutzbestimmungen verknüpft, bzw. ausgetauscht werden. Ziel der Plattform ist es, mittels interoperabler Bilddatensätze größere und bessere Forschungsdaten-banken zu generieren. Profitieren soll hiervon insbesondere die forschungsnahe personalisierte Medizin.

<https://eucanimage.eu/eucanimage/>

### **Kommission; Google verpflichtet sich zu besserer Einhaltung von EU-Verbrauchervorschriften**

Die Kommission hat am 26.01.2023 veröffentlicht, dass Google sich verpflichtet, den Verbraucherinnen und Verbrauchern klarere und genauere Informationen zur Verfügung zu stellen, um die EU-Verbrauchervorschriften einzuhalten. Dazu nimmt Google Änderungen bei mehreren seiner Produkte und Dienstleistungen vor - vor allem in Bezug auf mangelnde Transparenz und klare Informationen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese Änderungen finden insbesondere bei den Angeboten von Google Store, Google Play Store, Google Hotels und Google Flights statt. Die Handlung folgte als Reaktion auf einen Dialog mit dem Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) von 2021, der von der Europäischen Kommission koordiniert wurde.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_367](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_367)

### **Kommission; Umsetzung der Norm zu verbesserter Qualität und Zugang zu Trinkwasser**

Am 12.01.2023 wurden neue Anforderungen an die Qualität von und den Zugang zu Trinkwasser in der gesamten Europäischen Union zur Norm, indem die überarbeitete Trinkwasserrichtlinie in nationales Recht umgesetzt wurde. Die Neufassung der Trinkwasserrichtlinie ist Teil der EU-Wasserpolitik. Die neuen Vorschriften werden durch aktualisierte Sicherheitsstandards, mit einer Methodik zur Ermittlung von Qualitätsrisiken in der gesamten Wasserversorgungskette, Erstellung einer Beobachtungsliste neu auftretender Stoffe und Einführung von Konformitätsbestimmungen für Produkte, die in Kontakt mit Trinkwasser verwendet werden, einen der weltweit höchsten Standards für Trinkwasser gewährleisten. Die neue Richtlinie befasst sich außerdem mit Wasserlecks und enthält neue Bestimmungen, die die Mitgliedstaaten verpflichten, den Zugang zu Trinkwasser für alle und insbesondere für gefährdete und marginalisierte Gruppen zu verbessern und aufrechtzuerhalten. Der Vorschlag wurde im Jahr 2020 als Neufassung der Trinkwasserrichtlinie angenommen und trat am 12. Januar 2021 in Kraft. Die Mitgliedstaaten mussten die Richtlinie bis zum 12. Januar 2023 in nationales Recht umsetzen und ihre Bestimmungen einhalten.

[https://environment.ec.europa.eu/news/improved-quality-and-access-drinking-water-all-europeans-2023-01-12\\_de](https://environment.ec.europa.eu/news/improved-quality-and-access-drinking-water-all-europeans-2023-01-12_de)

### **Kommission; Konsultation zu Blei in Polyvinylchlorid-Sensoren in medizinischen Diagnostika**

Die Kommission stellt vom 16.01.2023 bis zum 13.02.2023 einen Rechtsaktentwurf zu Blei in Polyvinylchlorid-Sensoren in medizinischen Diagnostika (RoHS-Ausnahme) zur Konsultation. Die RoHS-Richtlinie beschränkt die Verwendung von bestimmten gefährlichen Stoffen in Elektro- und Elektronikgeräten. Es können jedoch auf Antrag von Unternehmen befristete Ausnahmen für bestimmte Fälle gewährt werden. Die Initiative betrifft einen Antrag auf eine Ausnahme für die Verwendung von Blei in Polyvinylchlorid (PVC), das als Grundmaterial für Sensoren dient, die in medizinischen In-vitro-Diagnostika verwendet werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13594-Elektrogerate-Blei-in-Polyvinylchlorid-Sensoren-in-medizinischen-Diagnostika-RoHS-Ausnahme\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13594-Elektrogerate-Blei-in-Polyvinylchlorid-Sensoren-in-medizinischen-Diagnostika-RoHS-Ausnahme_de)

### **EuRH; Analyse zur Menge der gefährlichen Abfälle in der EU**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 16.01.2023 eine Analyse zur Menge der gefährlichen Abfälle in der EU. Er untersuchte aktuelle und künftige Herausforderungen beim Umgang mit gefährlichen Abfällen näher. Dazu gehören eine bessere Einstufung von Abfällen, die Sicherstellung ihrer Rückverfolgung, mehr Recycling und die Bekämpfung des illegalen Abfallhandels. Zu gefährlichen Abfällen wird der Müll gerechnet, der eine oder mehrere gefährliche Eigenschaften für menschliche Gesundheit und die Umwelt aufweist, wenn er beispielsweise explosiv, reizend oder giftig ist. Trotz der von der EU ergriffenen Maßnahmen zur Reduzierung des Abfallaufkommens, nehme die Menge des in der EU anfallenden Sondermülls seit 2004 weiterhin zu und der illegale Handel mit gefährlichen Abfällen und deren illegale Deponierung seien nach wie vor ein lukratives Geschäft.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INRW23\\_02/INRW\\_Hazardous\\_waste\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INRW23_02/INRW_Hazardous_waste_DE.pdf)

## **EP; Abstimmung zur Verordnung über die Verbringung von Abfällen**

Am 17.01.2023 hat das Parlament seine Position zu der Verordnung über die Verbringung von Abfällen beschlossen. Die MdEPn verschärfen den Vorschlag der Kommission an mehreren Stellen. Dazu gehören ein Verbot der Beförderung aller zur Beseitigung bestimmten Abfälle innerhalb der EU, die Schaffung eines risikobasierten Mechanismus, um illegale Abfallexporte zu verhindern und das Verbot der Ausfuhr von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD-Länder. Die überarbeitete Gesetzgebung soll die Umwelt und die menschliche Gesundheit effektiver schützen. Gleichzeitig sollen Abfälle besser genutzt werden, um die EU-Ziele für eine Kreislaufwirtschaft und eine schadstofffreie Wirtschaft zu erreichen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230113IPR66627/abfallverbringung-eu-parlamentarier-drangen-auf-stroengere-eu-vorschriften>

## **Kommission; Konsultation zur Registerverordnung zum EU-Emissionshandelssystem**

Die Kommission stellt vom 17.01.2023 bis zum 14.02.2023 eine Änderung der Registerverordnung zum EU-Emissionshandelssystem zur Konsultation. Das Register soll eine genaue Verbuchung aller im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems vergebenen Zertifikate gewährleisten. Die Änderungen haben zum Ziel, dass, Einrichtungen, denen Registerdaten übermittelt werden dürfen, aussagekräftige Informationen erhalten. Außerdem soll eine Einrichtung in die Liste der Einrichtungen, denen Registerdaten übermittelt werden dürfen, aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen Sicherheitsmaßnahmen aus dem Sicherheitsplan 2019 umgesetzt und den Kontoinhabern weitere Orientierungshilfen an die Hand zu geben werden, damit sie über bilaterale Transaktionen korrekt Bericht erstatten können.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13575-EU-Emissionshandelssystem-Aenderung-der-Registerverordnung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13575-EU-Emissionshandelssystem-Aenderung-der-Registerverordnung_de)

## **EuGH; Schlussanträge zur Darstellung von Verstößen gegen das Umweltrecht**

Am 19.01.2023 hat Generalanwältin Juliane Kokott in der Rechtssache C-721/21 ihre Schlussanträge vorgelegt, in denen sie die Auffassung vertritt, dass nationale Gerichte nicht verpflichtet oder berechtigt sind, Verstöße gegen das europäische Umweltrecht von Amts wegen aufzugreifen. Den Mitgliedsstaaten ist es aber erlaubt, die Beteiligten zu verpflichten, Verletzungen dieser Art schriftlich mitzuteilen. Ursprung dieser Klage war die umweltrechtliche Prüfung von einem Wohnungsbauprojekt, bei dem durch die Genehmigung nach der UVP-Richtlinie durch die örtlichen Behörden Konflikte bezüglich der ordnungsgemäßen Prüfung aufkamen. Der EuGH wurde gefragt, ob ein nationales Gericht dazu verpflichtet ist, eine Verwaltungsmaßnahme unter Berücksichtigung von Vorschriften aus dem europäischen Recht zu prüfen, auch wenn die vermeintlich missachtete Vorschrift vor Gericht nicht explizit durch den Kläger geltend gemacht wurde, nationale Vorschriften jedoch explizit eine Darlegung konkreter Verstöße verlangen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?lgrec=fr&td=%3BALL&language=en&num=C-721/21&jur=C>

## **Kommission; Konsultation zur Initiative zu Umweltauswirkungen bildgebender Geräte**

Die Kommission stellt vom 23.01.2023 bis zum 20.02.2023 eine Erarbeitung einer Initiative zu Umweltauswirkungen bildgebender Geräte, einschließlich Verbrauchsmaterialien, zur Konsultation. Mit dieser Initiative soll eine effiziente Ressourcennutzung im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal sichergestellt werden, bei der bildgebende Geräte wie Drucker energie- und ressourceneffizient

konzipiert werden, Verbraucher und Verbraucherinnen Informationen zur nachhaltigen Nutzung dieser Geräte erhalten und das Abfallaufkommen durch Verbrauchsmaterialien wie Druckerpatronen verringert wird.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13553-Umweltauswirkungen-bildgebender-Gerate-einschlie%C3%9Flich-Verbrauchsmaterialien\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13553-Umweltauswirkungen-bildgebender-Gerate-einschlie%C3%9Flich-Verbrauchsmaterialien_de)

### **Kommission; EU-Initiative für Bestäuber**

Die Kommission hat am 24.01.2023 ihren Vorschlag zum „neuen Deal für Bestäuber“ vorgelegt, in dem die EU-Initiative für Bestäuber aus dem Jahr 2018 überarbeitet wird. Diese ergänzt den Vorschlag der Kommission für ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur von Juni 2022 und ist ein zentraler Bestandteil der Biodiversitätsstrategie für 2030, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und des europäischen Grünen Deals. Grund für diese Überarbeitung ist der alarmierende Rückgang wildlebender Bestäuberinsekten in Europa, denn aktuell verschwindet jede dritte Bienen-, Schmetterlings- und Schwebfliegenart in der EU. Die Verbesserung der Erhaltung von Bestäubern und die Bekämpfung der Ursachen ihres Rückgangs, Verbesserung der Kenntnisse über den Rückgang der Bestäuber sowie seine Ursachen und Folgen und die Mobilisierung der Gesellschaft und die Förderung der strategischen Planung und der Zusammenarbeit stellen die drei Prioritäten dieser Initiative dar.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_281](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_281)

## **L a n d w i r t s c h a f t**

### **EuGH; Urteil zum Rabattverbot und Werbebeschränkungen für bestimmte Biozidprodukte**

Am 19.01.2023 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in der Rechtssache C-147/21 entschieden, dass weder die Verordnung über Geschäftspraktiken und Werbung bei Biozidprodukten noch allgemein das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, die bestimmte Geschäftspraktiken wie Rabatte, Preisnachlässe oder Rückvergütungen, eine Differenzierung der allgemeinen und besonderen Verkaufsbedingungen, die Ausgabe kostenloser Proben und alle vergleichbaren Praktiken in Bezug auf Biozidprodukte der Produktarten 14 (Rodentizide) und 18 (Insektizide, Akarizide und Produkte gegen andere Arthropoden) verbietet. Er fügt jedoch an, dass die vorlegenden Gerichte prüfen müssen, ob die Verbote durch Ziele des Schutzes der Gesundheit und des Lebens von Menschen und der Umwelt gerechtfertigt sind, ob sie die Erreichung dieser Ziele gewährleisten und ob sie nicht über das hierzu Erforderliche hinausgehen. Gefragt hatte der Conseil d'État (Staatsrat FRA), nachdem das Comité interprofessionnel ein branchenübergreifender Ausschuss für französische ätherische Öle (CIHEF) und einige Hersteller ätherischer Öle auf die Nichtigkeitserklärung von französischen Dekreten zu Geschäftspraktiken und Werbung in Bezug auf mehrere Arten von Biozidprodukten wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Biozidprodukte geklagt hatten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?lgrec=fr&td=%3BALL&language=en&num=C-147/21&jur=C>

### **Kommission; Zulassung weiterer Insektenarten in Lebensmitteln**

Die Kommission hat im Januar das Inverkehrbringen der Larven des Getreideschimmelkäfers als Lebensmittel genehmigt und teilweise entfettetes Pulver aus der Hausgrille für den EU-Markt autorisiert. Bisher gibt es vier verschiedene

Zulassungen für Insekten als Lebensmittel: den Mehlwurm, die Wanderheuschrecke, den sog. Buffalowurm – sowie im Februar 2022 für die Hausgrille und im Januar 2023 für Pulver aus der Hausgrille. Lebensmittel, die Insekten enthalten, müssen das in ihrer Zutatenliste klar und verständlich aufführen und der Hinweis, dass allergische Reaktionen bei Menschen mit einer Allergie gegen Krebs- und Weichtiere sowie gegen Hausstaubmilben möglich sind, muss ebenfalls aufgeführt werden.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/insekten-lebensmitteln-die-fakten-2023-01-19\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/insekten-lebensmitteln-die-fakten-2023-01-19_de)

### **EuGH; Urteil zur Notfallzulassung von Neonicotinoiden**

Am 19.01.2023 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in der Rechtssache C-162/21 entschieden, dass es nach der Verordnung 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln nicht erlaubt ist, dass Mitgliedsstaaten das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln zur Behandlung von Saatgut sowie das Inverkehrbringen und die Verwendung von mit diesen Produkten behandeltem Saatgut zulassen, wenn das von der Durchführungsordnung ausdrücklich untersagt wurde. Gefragt hatte der BEL- Staatsrat den EuGH, nachdem zwei Vereinigungen zur Bekämpfung von Pestiziden und zur Förderung der Biodiversität sowie ein Imker dort Klage gegen eine im Jahr 2018 von BEL erlassene befristete Ausnahmeregelung für sechs Zulassungen für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf der Grundlage von Clothianidin und Thiamethoxam (Insektizide aus der Gruppe der Neonicotinoide) zur Behandlung von Saatgut bestimmter Kulturen eingereicht hatten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?lgrec=fr&td=%3BALL&language=en&num=C-162/21&jur=C>

### **Kommission; Start eines vereinheitlichten Meeresdatendienstes**

Die Kommission veröffentlichte am 25.01.2023 das von ihr unterstützte Europäische Meeresbeobachtungs- und Datennetz (EMODnet), das alle verfügbaren Meeresdaten und thematischen EMODnet-Dienste in einem einzigen Portal zusammenfasst, sodass die thematische Vereinheitlichung vereinfacht wird und verfügbare Datensätze zugänglich gemacht werden. Die Plattform stellt einen wichtigen Schritt in der Sammlung der Meeresdaten dar, da diese lange sehr zersplittert waren, was die Forschung wenig effizient machte und den Zugang zu Daten erschwerte. Weiterhin ermöglicht die Plattform laut Kommission Einsparungen bei Kosten und Aufwand, verbessert die Genauigkeit der Meeresforschung und eröffnet neue Möglichkeiten für Innovation und Wachstum.

[https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/news/european-marine-observation-and-data-network-emodnet-launches-its-fully-unified-marine-data-service-2023-01-25\\_de](https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/news/european-marine-observation-and-data-network-emodnet-launches-its-fully-unified-marine-data-service-2023-01-25_de)

## **J u s t i z**

### **EP; Sondergerichtshof zur Verfolgung der russischen Aggression gefordert**

Das Plenum des EP nahm am 19.01.2023 mit 472 gegen 19 Stimmen bei 33 Enthaltungen eine Entschließung zur Einrichtung eines Sondergerichtshofs für Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine an. Konkret fordern die MdEP die EU auf, in enger Zusammenarbeit mit der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft einen internationalen Sondergerichtshof zu errichten, der das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine, das von der politischen und militärischen Führung der Russischen Föderation und ihren Verbündeten begangen wurde, strafrechtlich verfolgt. Das Verbrechen der Aggression unterfällt nicht der Gerichtsbarkeit des

Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Der IStGH kann also nur die Vorwürfe des Völkermords, der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersuchen, nicht aber die Verantwortlichen für den Auslöser all dieser Verbrechen und für den Befehl zum Krieg belangen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230113IPR66653/ukraine-krieg-ein-sondergerichtshof-zur-ahndung-von-russlands-verbrechen>

### **EP; Entschließung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU**

Am 19.01.2023 hat das EP eine Entschließung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU angenommen, in der es insbesondere zur Betrugs- und Korruptionsbekämpfung in der EU Stellung bezieht. U.a. fordern die MdEP die Kommission auf, einen Legislativvorschlag zur gegenseitigen Amtshilfe in den Bereichen der Ausgaben von EU-Mitteln vorzulegen und ein System für den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden zu entwickeln. Zudem fordern sie die Einrichtung eines Ethikgremiums der EU. Dieses müsse über die notwendige Unabhängigkeit verfügen und autonom Untersuchungen durchführen können, so die Entschließung. Darüber hinaus soll die Kommission prüfen, ob Künstliche Intelligenz für den Schutz der finanziellen Interessen der Union eingesetzt werden kann.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0018\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0018_DE.html)

### **EuGH; Disziplinarsystem der Justiz in ROM verstößt gegen Rechtsstaatlichkeitsprinzip**

Generalanwalt Collins hat am 26.01.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-817/21 vorgelegt. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass EU-Recht nationalen Rechtsvorschriften und Regelungen in ROM entgegensteht, die u. a. vorsehen, dass der stellvertretende Chefinspektor der Justizinspektion für die Leitung von Disziplinaruntersuchungen und -verfahren gegen ihren Chefinspektor zuständig ist. Die Inspectia Judiciară (Justizinspektion, ROM) ist eine Einrichtung der Justiz, die für die Durchführung von Disziplinarermittlungen und die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Richter und Staatsanwälte in ROM zuständig ist. Nach den für die Justizinspektion geltenden Regelungen liegt u.a. die Ernennung des stellvertretenden Chefinspektors im alleinigen Ermessen des Chefinspektors. Aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses kommt der Generalanwalt zu dem Schluss, dass die im Jahr 2018 erlassenen Rechtsvorschriften die öffentliche Wahrnehmung erheblich beeinträchtigen könnten, wonach der stellvertretende Chefinspektor Disziplinaruntersuchungen und -verfahren in Bezug auf Beschwerden gegen den Chefinspektor objektiv und unparteiisch leiten könne. Ihr Erlass stehe somit nicht im Einklang mit dem (unionsrechtlichen) Rechtsstaatlichkeitsprinzip.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A62021CC0817&qid=1674804594329>

### **EuG; Zugang zu Dokumenten gefährdet EU-Gesetzgebungsprozess nicht**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat am 26.01.2023 sein Urteil in der Rechtssache T-163/21 verkündet. In dem Verfahren, in dem es um den Zugang zu Ratsdokumenten geht, stellt das EuG fest, dass keiner der vom Rat angeführten Gründe die Annahme zulässt, dass die Verbreitung der streitigen Dokumente das betreffende Gesetzgebungsverfahren konkret, tatsächlich und nicht hypothetisch ernstlich beeinträchtigen würde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-163/21>

### **Kommission; Inkrafttreten der NIS-2-Richtlinie und CER-Richtlinie**

Am 16.01.2023 sind die reformierte Richtlinie über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union (sog. NIS-2-Richtlinie) sowie die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (sog. CER-Richtlinie) in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten haben nun 21 Monate Zeit, um die beiden Richtlinien in nationales Recht umzusetzen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022L2555&qid=1673869665642&from=en>

### **Kommission; Sondierung zur Evaluierung des Europäischen Migrationsnetzwerkes**

Vom 16.01. bis zum 13.03.2023 können Interessierte Rückmeldungen zur Evaluation des Europäischen Migrationsnetzwerkes abgeben. Mit der Evaluierung sollen Relevanz, Wirksamkeit, Kohärenz und EU-Mehrwert des Migrationsnetzwerkes im Zeitraum von 2018-2021 bewertet werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13692-Europaisches-Migrationsnetzwerk-Evaluierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13692-Europaisches-Migrationsnetzwerk-Evaluierung_de)

### **EP; Ratifizierung eines Zusatzprotokolls des Europarates gegen Cyberkriminalität**

Am 17.01.2023 hat das Plenum des EP die Ratifizierung des Zweiten Zusatzprotokolls zum Budapester Übereinkommen des Europarats über Computerkriminalität (sog. Budapest-Convention) mit 436 Ja-Stimmen, 168 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen gebilligt. Das Zweite Zusatzprotokoll zur Budapest-Convention wurde am 17.11.2021 durch den Europarat als Zusatz zum bestehenden Übereinkommen angenommen, um das Übereinkommen an die heutigen Herausforderungen der Cyberkriminalität anzupassen. Es führt die Möglichkeit der gegenseitigen Amtshilfe in Notfällen zwischen den Unterzeichnern ein, schafft einen Rechtsrahmen für gemeinsame Ermittlungen und ermöglicht bei Bedarf die Erhebung von Beweisen per Videokonferenz. Zudem soll der Austausch elektronischer Beweise gefördert werden. Die Ratifikationsstaaten sollen sich demnach direkt an Diensteanbieter mit Sitz in einem anderen Staat wenden können, um insbesondere Teilnehmer- und Verkehrsdaten anfordern zu können.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0002\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0002_DE.html)

### **Kommission; Sondierung zur Aktualisierung der Korruptionsbekämpfungsvorschriften**

Bis zum 17.02.2023 ist es möglich, Rückmeldungen zum Vorschlag der Kommission für eine Aktualisierung der Richtlinie zu Korruptionsbekämpfung in der EU abzugeben. Ziel des Vorschlages ist, dass sämtliche Formen der Korruption in allen EU-Ländern unter Strafe gestellt, auch juristische Personen für solche Straftaten belangt und diese mit wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden Strafen geahndet werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13674-Korruptionsbekampfung-in-der-EU-aktualisierte-Vorschriften\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13674-Korruptionsbekampfung-in-der-EU-aktualisierte-Vorschriften_de)

### **Kommission; Strategie für effektiveres Rückführungssystem vorgestellt**

Am 24.01.2023 hat die Kommission eine neue operative Strategie für effektivere Rückführungen vorgelegt. Sie beinhaltet gemeinsame Rückführungsaktionen in bestimmte Drittländer, die Förderung der Rückkehrberatung und Wiedereingliederung sowie die Digitalisierung des Rückkehrmanagements.

[https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2023-01/Towards%20an%20operational%20strategy%20for%20more%20effective%20returns\\_en.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2023-01/Towards%20an%20operational%20strategy%20for%20more%20effective%20returns_en.pdf)

### **EP; MdEP fordern Verschärfungen bei Transparenz und Targeting politischer Werbung**

Am 24.01.2023 haben die MdEP im Ausschuss des EP für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) den Berichtsentwurf zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zu Transparenz und Targeting politischer Werbung mit 31 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Die MdEP sprechen sich darin für ein faktisches Verbot von Microtargeting, ein Verbot der Nutzung der Daten von Minderjährigen und die Einrichtung einer EU-weiten digitalen Datenbank politischer Werbeanzeigen aus. Zudem sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Journalistinnen und Journalisten einfacheren Zugang zu Informationen über die Finanzierung und genutzten Daten für die Anzeigen erhalten können. Akteuren außerhalb der EU soll es verboten sein, politische Werbung in der EU zu finanzieren. Schließlich sprechen sich die MdEP auch für deutlich schärfere Sanktionen bei Verstößen aus.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230123IPR68616/meps-toughen-rules-on-political-advertising>

### **EuGH; Systematische polizeiliche Erhebung von biometrischen und genetischen Beschuldigtendaten in BUL unionsrechtswidrig**

Der EuGH hat am 26.01.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-205/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die systematische Erhebung biometrischer und genetischer Daten aller beschuldigten Personen für die Zwecke ihrer polizeilichen Registrierung gegen die Anforderung, einen erhöhten Schutz bei der Verarbeitung sensibler personenbezogener Daten zu gewährleisten, verstößt.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-205/21>

### **EuGH; Generalanwalt: Verlust der Staatsangehörigkeit darf nicht zu Verlust der Unionsbürgerschaft führen**

Generalanwalt Szpunar hat am 26.01.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-689/21 vorgelegt. Darin vertritt er die Ansicht, dass Art. 20 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (Unionsbürgerschaft) – im Lichte des Art. 7 EU-Grundrechtecharta (Achtung des Privat- und Familienlebens) ausgelegt – Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats (MS) entgegensteht, die unter bestimmten Voraussetzungen den kraft Gesetzes eintretenden Verlust der Staatsangehörigkeit dieses Mitgliedstaats mit Vollendung des 22. Lebensjahrs wegen fehlender echter Bindung vorsehen. In dem zugrundeliegenden Fall aus DNK sieht die dortige Regelung den Verlust der dänischen Staatsangehörigkeit im Fall der Doppelstaatigkeit vor, wenn, neben der Vollendung des 22. Lebensjahrs, kein Antrag auf Beibehaltung der Staatsangehörigkeit gestellt wurde. Der Generalanwalt begründet seine Auffassung damit, dass eine solche Regelung für Personen, die nicht auch die Staatsangehörigkeit eines anderen MS besitzen, den Verlust ihres Status als Unionsbürger und der damit verbundenen Rechte zur Folge hätte. Würde dieser Antrag nach Vollendung des 22. Lebensjahrs gestellt, würde ebenso eine Einzelfallprüfung der Folgen eines solchen Verlusts für die Situation der Betroffenen aus unionsrechtlicher Sicht im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit mit der Möglichkeit der rückwirkenden Wiedererlangung der Staatsangehörigkeit nach der dänischen Vorschrift nicht durchgeführt, was unionsrechtswidrig sei.

<https://curia.europa.eu/juris/fiche.jsf?id=C%3B689%3B21%3BRP%3B1%3BP%3B1%3BC2021%2F0689%2FP&nat=or&mat=or&pcs=Oor&jur=C%2CT%2CF&num=C-689%252F21&for=&jge=&dates=&language=de&pro=&cit=none%252CC%252CCJ%252C>

[252CR%252C2008E%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252Ctrue%252Cfalse%252Cfalse&ogp=&td=%3BALL&avg=&lgrc=de&lq=&cid=6723](https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers-26-271/)

### **Rat; Informeller Rat der Justiz- und Innenministerinnen und -minister**

Am 26.01.2023 fand der die innenpolitischen Fragen betreffende Teil des informellen Rats für Justiz und Inneres unter SWE-Ratspräsidentschaft nahe Stockholm statt. Im Fokus der Beratungen standen die Asyl- und Migrationspolitik sowie die „Going Dark“-Problematik (zunehmende Verschlüsselung bei Messenger-Diensten). Konkret diskutierten die Ministerinnen und Minister über Möglichkeiten zur Effektivierung der Rückkehrpolitik, um irreguläre Migration in die EU signifikant zu reduzieren. Im Speziellen widmete man sich Kooperationen mit Drittstaaten bei der Rückübernahme. Das Treffen diente auch der Vorbereitung des Sonder-ER am 9./10.02.2023 bei dem u.a. Fragen zur Zusammenarbeit im Kontext der externen Dimension von Migrationspolitik im Vordergrund stehen sollen. Der EU-Antiterror-Koordinator berichtete zudem über den aktuellen Stand des Dialogs mit der Ukraine über innere Sicherheit. Schließlich erörterten die Ministerinnen und Minister noch den Zugang zu Daten, elektronischen Beweisen und Informationen für Justiz- und Strafverfolgungszwecke im digitalen Zeitalter.

<https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/events/informal-meeting-of-justice-and-home-affairs-ministers-26-271/>

### **Kommission; Konsultation zum Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen**

Bis zum 16.03.2023 haben Interessierte die Möglichkeit, ihre Rückmeldungen zu einer von der Kommission vorgeschlagenen technischen Lösung für den Austausch von sicherheitsrelevante Informationen abzugeben. Ziel ist es, ein Instrument zu entwickeln, welches es den in EU-Ländern und in wichtigen Partnerländern tätigen Beamten ermöglicht, gegenseitig auf sicherheitsrelevante Informationen zuzugreifen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13243-Austausch-sicherheitsrelevanter-Informationen-gegenseitiger-Zugang-fur-vor-Ort-tatige-Beamte-in-der-EU-und-wichtigen-Partnerlandern\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13243-Austausch-sicherheitsrelevanter-Informationen-gegenseitiger-Zugang-fur-vor-Ort-tatige-Beamte-in-der-EU-und-wichtigen-Partnerlandern_de)

### **Kommission; Neue rescEU Reserve für CBRN-Notfälle in FIN**

Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens (rescEU) stellt die Kommission FIN 242 Mio. EUR bereit, um die erste strategische Reserve für chemische, biologische, radiologische und nukleare (CBRN) Notfälle zu schaffen. Konkret umfasst sind Impfstoffe und andere Therapeutika, medizinische Geräte und Ausrüstung für den Einsatz vor Ort. Die Mittel sollen zudem für die Schulung des Personals verwendet.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_233](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_233)

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Suspendierung Ungarns von Programmen Erasmus+ und Horizon**

Am 06.01.2023 hat die Kommission den Durchführungsbeschluss des Rates zur sog. Konditionalitätsverordnung auf Ungarn angewandt und die Programmlinien Erasmus+ und Horizon teilweise suspendiert. Zahlreiche ungarische Hochschulen sind von dieser weitreichenden Maßnahme betroffen. Nur bereits bis zum 16.12.2022 begonnene Mobilitätsmaßnahmen und Projekte aus den laufenden abgeschlossenen Verträgen können laut Kommission weiter durchgeführt werden. Die europäische Forschungskooperation und auch die Studierendenmobilität mit Ungarn wird

infolgedessen stark eingeschränkt. Im Hochschulbereich ist die Überführung der staatlichen Hochschulen in neue Stiftungen mit hierbei eingesetzten politisch ernannten Stiftungsrätinnen und –räten der Grund für die Suspendierung gemäß dem Ratsbeschluss. Der Beschluss des Rates resultierte aus dem fehlenden Willen der ungarischen Regierung, die strittigen einschlägigen Gesetze abzuändern. Die Kommission wird infolgedessen Anträge zur Errichtung europäischer Hochschulnetzwerke (European Universities) unter ungarischer Beteiligung zwar entgegennehmen, entsprechende beantragte Gelder jedoch ggf. aussetzen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32022D2506>

### **Kultur; Musik; Music Moves Europe; Programm Kreatives Europa;**

Am 19.01.2023 hat die Kommission die neuen Preisträgerinnen und Preisträger der „Music Moves Europe“ Awards 2023 bekannt gegeben: Die Künstlerinnen und Künstler Schmyt (Deutschland), July Jones (Slowenien), Oska (Österreich), Kids Return (Frankreich) und Queralt Lahoz (Spanien) sind Gewinner der Music Moves Europe Awards 2023. Der Große Preis der Jury ging an Sans Soucis (Italien) und der Public Choice Award wurde von Jerry Heil (Ukraine) gewonnen. Von den 15 Nominierten erhalten fünf Gewinner des Music Moves Europe Award jeweils 10.000 EUR. Die Music Moves Europe Awards werden aus Mitteln des Kulturförderprogramms Kreatives Europa (Creative Europe) kofinanziert.

<https://mmeawards.eu/en/news/these-are-the-winners-of-the-2023-mme-awards/>

### **Kommission; Stipendienprogramm; China-Themen;**

Die Kommission hat am 25.01.2023 ein Stipendienprogramm zu Themen rund um China ins Leben gerufen. Damit soll die strategische Zusammenarbeit mit Denkfabriken und Hochschulen gefördert werden. Das Ziel ist, fundiertes Fachwissen über China aus Europa und darüber hinaus zu fördern und die Wissensgrundlage für China innerhalb der Kommission zu erweitern. Im Rahmen der Stipendien werden politikorientierte Akademikerinnen und Akademiker aus Think Tanks von Weltrang und Hochschulen zusammenarbeiten. Dabei wird eine breite Palette an Forschungsschwerpunkten mit Blick auf China verfolgt, sowohl politische, als auch soziale, wirtschaftliche, digitale, ökologische und klimabezogene, sicherheitsbezogene sowie historische Fragen. Das Stipendienprogramm ist bei IDEA angesiedelt, dem Thinktank der Präsidentin der Europäischen Kommission. Die bezahlten Stipendien können 6 bis 12 Monate dauern. Die Stipendiaten werden aufgrund ihres Bekanntheitsgrads, ihrer Kompetenz und ihres Fachwissens ausgewählt. Für jeden Zeitraum werden maximal 15 Stipendien angeboten.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/weltweites-fachwissen-uber-china-kommission-startet-stipendienprogramm-2023-01-25\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/weltweites-fachwissen-uber-china-kommission-startet-stipendienprogramm-2023-01-25_de)

## **Information, Kommunikation und Medien**

### **EP; Sonderausschuss zu ausländischer Einflussnahme**

Der EP-Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, (INGE2), hat sich am 12.01.2023 mit dem Berichtsentwurf von MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET) befasst. Vor dem Hintergrund der aktuellen Korruptionsaffäre im EP („Katargate“) sowie der russischen Desinformationskampagne im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine und mit Blick auf die anstehenden Europawahlen 2024 diskutierten die MdEPn darüber, wie die EU sich besser gegen ausländische Einflussnahme und Desinformationen wehren kann. Der Vorsitzende, MdEP Raphaël

Glucksmann (S&D/FRA), bezeichnete „Katargate“ als das „perfekte Beispiel“ ausländischer Einflussnahme. Berichterstatterin MdEP Kalniete (EVP/LET) mahnte die Dringlichkeit des Themas an. Sie nannte ausdrücklich Russland, China und den Iran als Drittstaaten, die nicht zuletzt auch mit Blick auf Direktinvestitionen problematisch seien. Medien in drittstaatlicher Eigentümerschaft nannte sie „trojanische Pferde“. Sie forderte die Einrichtung eines ständigen EP-Ausschusses zu ausländischer Einflussnahme. In der Aussprache wurde auch gefordert, INGE2 mit der Untersuchung von „Katargate“ zu betrauen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/12-01-2023-09-00-presentation-of-the-dra/product-details/20230109CAN68324>

### **EuGH; Beschluss der Kommission zur Beteiligung des Kosovos am Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation ist nichtig**

Mit Urteil vom 17.01.2023 in der Rechtssache C-632/20 P | ESP/Kommission erklärte der EuGH den Beschluss der Kommission, mit dem die Beteiligung des Kosovos am Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) zugelassen wurde, für nichtig. Die Wirkungen des Kommissionsbeschlusses seien aber laut EuGH bis zum Inkrafttreten etwaiger neuer Arbeitsvereinbarungen für maximal sechs Monate aufrechtzuerhalten. Im März 2019 beschloss die Kommission, die sechs assoziierten Balkanländer - darunter auch das Kosovo - als potenzielle Kandidatenländer am GEREK zu beteiligen und ließ die nationalen Regulierungsbehörden dieser Länder im Regulierungsrat und den Arbeitsgruppen zu. ESP erhob Nichtigkeitsklage mit der Begründung, dass die Beteiligung nicht auf die Unionsvorschriften zur Drittlands-Zusammenarbeit gestützt werden könne, weil das Kosovo kein „Drittland“ sei. Das EuG wies die Klage ab. Es befand, dass der Begriff „Drittland“ im Sinne dieser Bestimmung nicht dasselbe bedeute wie der Begriff „Drittstaat“, sondern eine weitere Bedeutung habe, die mehr umfasse als nur souveräne Staaten. ESP legte Rechtsmittel ein. Der EuGH hat nun die vorinstanzliche Entscheidung wegen mehrerer Rechtsfehler aufgehoben. Anders als das EuG meine, könne aus den unterschiedlichen Sprachfassungen des EU-Vertrags und des Vertrags über die Arbeitsweise der EU nicht auf eine unterschiedliche Bedeutung der Begriffe „Drittland“ und „Drittstaat“ geschlossen werden. Der EuGH wies jedoch darauf hin, der Kosovo könne trotzdem einem „Drittland“ im Sinne der GEREK-Verordnung gleichgestellt werden, ohne gegen das Völkerrecht zu verstoßen. Der Beschluss der Kommission sei laut EuGH auch für nichtig zu erklären, weil diese nicht über die Zuständigkeit für seinen Erlass verfügt habe. Das GEREK und das GEREK-Büro seien für den Abschluss der Arbeitsvereinbarungen zuständig gewesen. Der Kommission komme insoweit lediglich eine Kontrollfunktion zu.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=3F86E0CE92BAABFADDE3B4174723F55B?text=&docid=269345&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=24301>

## Veranstaltungen

### **Cybersicherheit-Skills stärken – Aus CyberSec4Europe wird CyberSecPro**

Nachdem am Ende des Jahres 2022 die Finanzierung des Projekts „CyberSec4Europe“ ausgelaufen war, startete am 18.01.2023 das europäische Forschungskonsortium um Prof. Dr. Kai Rannenbergh von der Goethe-Universität Frankfurt in eine neue Phase: Aus Cybersec4Europe wurde CyberSecPro. Die neue Initiative, die im Rahmen einer Kick-off-Veranstaltung in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU startete, will im Europäischen Jahr der Talente und darüber hinaus

einen Beitrag leisten, Cybersicherheit-Skills in der europäischen Gesellschaft zu schaffen und zu fördern. Höhepunkt der Auftakt-Tagung war eine abendliche Diskussionsveranstaltung, bei der ein hochkarätiges Podium (Katarzyna Prusak-Górniak, Referatsleiterin für digitale Angelegenheiten der Ständigen Vertretung Polens bei der EU; Miguel Gonzalez-Sancho, Referatsleiter für Kapazitätssteigerung im Bereich Cybersecurity und Technologie bei der Kommission; Nina Olesen, Europäischen CyberSecurity Organisation; Prof. Fabio Massacci, University of Trento und Vrije Universiteit Amsterdam; Prof. Nineta Polemi, University of Piraeus und Prof. Paresh Rathod, Laurea University of Applied Sciences (Finnland)) zur Frage diskutierte, wie man Cyberignoranz überwinden kann. Als Herausforderungen identifizierten die Diskutanten unter anderem den Fachkräftemangel im IT-Bereich bei einer gleichzeitig exponentiell wachsenden Nachfrage nach Cybersicherheitsexperten sowie die ausbaufähige gegenseitige Anerkennung von Universitätsabschlüssen. Ein Lösungsweg, um auf die heterogene Ausbildungssituation im IT-Sektor zu reagieren, der sich auf dem Podium herauskristallisierte, ist die Idee der Schaffung eines einheitlichen Cybersicherheit-Zertifizierungsrahmens für die gesamte EU. Die über diesen Rahmen ausgestellten Zertifikate sollen dann in allen Mitgliedstaaten der EU Anerkennung finden und zu einem einheitlichen Cybersicherheitsniveau beitragen. Weitere Ansatzpunkte seien der kontinuierliche Ausbau des Rechtsrahmens sowie die Schaffung neuer Instrumente, wie beispielsweise die von der Kommission geplante Akademie für Cybersicherheit-Skills. Abgerundet wurde die Podiumsdiskussion durch Fragen aus dem Publikum, welche auf die außereuropäischen Herausforderungen für die Cybersicherheit in der EU aufmerksam machten. Beim anschließenden Empfang wurden die Debatten um das Zukunftsthema Cybersicherheit intensiv weitergeführt, denn allen ist klar: Die Stärke Europas hängt maßgeblich von seiner Resilienz im Digitalbereich ab.

### **Crisis Talk zum Thema „Die Ausbreitung antibiotikaresistenter Keime als globale Krise“**

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich lud am 24.01.2024 gemeinsam mit Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen - Krisenumwelten“, dem Forschungsverbund „Normative Ordnungen – Goethe Universität Frankfurt“ sowie dem Leibniz-Forschungsverbunds INFECTIONS zu einer Veranstaltung im Rahmen der Reihe Crisis Talk zum Thema „Die Ausbreitung antibiotikaresistenter Keime als globale Krise“ in die hessische Landesvertretung in Brüssel ein. Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung / Goethe Universität Frankfurt am Main, betonte in ihrer Begrüßung, dass Antimikrobielle Resistenzen (AMR) als latente Krise aufgrund anderer Krisen (CORONA, Ukraine-Krieg etc.) in den Hintergrund getreten sei. Es gehe aber nicht an, eine Krise auf Kosten anderer zu bewältigen. Im Impulsvortrag von Prof. Dr. Ulrich Schaible, Sprecher des Leibniz-Forschungsverbunds INFECTIONS, Forschungszentrum Borstel, wurde unterstrichen, dass menschliche und tierische Gesundheit miteinander zusammenhängen, Krankheiten vom Menschen auf Tiere und umgekehrt übertragen werden und sie deshalb bei beiden bekämpft werden müssen. Je mehr Antibiotika ihre Wirkung verlieren, desto stärker stünden die Errungenschaften der modernen Medizin auf dem Spiel. Viele Operationen, vor allem Transplantationen, wären ohne sie nahezu unmöglich. Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion hob MdEP Dr. Peter Liese hervor, dass die COVID-19-Pandemie mit einer relevanten Wahrscheinlichkeit keine neuen Mutationen mehr hervorbringe. Daher solle die ganze Kraft nun auf die ungelösten Probleme, wie z.B. Antibiotikaresistenz, gelegt werden. Hier fordert er Innovation; ohne neue Antibiotika gehe es nicht mehr. Dr. Wolfgang Philipp, stellvertretender Direktor in

der Generaldirektion der Kommission für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA), betonte mit Blick auf die AMR, dass man in Mitten einer echten Krise sei, die sich langsam entwickle. HERA versuche u.a. ein Netzwerk von Mitgliedstaaten zu initiieren, um z.B. neue Anreizmodelle wie gemeinsame Beschaffung sowie Regeln für eine Abnahmegarantie für die Hersteller zu vereinbaren. Prof. Schaible führte aus, dass das goldene Zeitalter der Antibiotika vorbei sei, neue anti-mikrobielle Wirkstoffe ebenso wie wirksame Impfungen und Wirts-orientierte Therapien müssten entwickelt werden. Dafür sei mehr Forschungsförderung erforderlich. Moritz Koch, Handelsblatt, moderierte die Veranstaltung.

### **Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und der österreichischen Arbeiterkammer (AK EUROPA) zum EU-Lieferkettengesetz**

Am 25.01.2023 richteten die DGB, ÖGB und die AK Europa eine Abendveranstaltung mit dem Titel „EU Lieferkettengesetz- zahnloser Papiertiger oder effektiver Schutz für Menschenrechte“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU aus. An der Paneldiskussion nahmen die Vizepräsidentin des EP, MdEP Evelyn Regner (S&D/AUT), Isabelle Schönmann, Vorstandsmitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Paul de Clerck, Leiter des „Economic Justice Team, Friends of the Earth Europe“, und Albert Kruft, Berater des Gesamtbetriebsrates und des europäischen Betriebsrates von Solvay, teil. Die Diskussionsteilnehmer und -teilnehmerinnen waren sich einig, dass der Entwurf der Kommission zum Lieferkettengesetz noch viele Probleme aufweise und durch die allgemeine Ausrichtung des Rates von Dezember 2022, geschwächt worden sei. Das EP müsse den Entwurf nachbessern. Die Richtlinie müsse fairen Wettbewerb ohne Menschenrechtsverletzungen garantieren und die Rolle der Betriebsräte müsse gestärkt werden. Zudem müsse die zivilrechtliche Haftung gestärkt und es erleichtert werden, Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen haftbar zu machen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Kerstin Born-Sirkel, Senior Associate am European Policy Center.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

09.02.2023-  
10.02.2023                      Sondersitzung

### **Rat**

30.01.2023                      Rat für „Landwirtschafts- und Fischerei“  
03.02.2023                      Gipfeltreffen EU-Ukraine  
06.02.2023-  
08.02.2023                      Informelle Ministertagung „Wettbewerbsfähigkeit“

06.02.2023 Rat „Allgemeine für Angelegenheiten“

## **Europäische Kommission**

01.02.2023 Vorbereitung der Sondersitzung des Europäischen Rats  
08.02.2023 Ziele der Union im Bereich der Katastrophenresistenz

## **Europäisches Parlament**

Plenarsitzung vom 01.- 02.02.2023 in Brüssel

Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates im Februar, insbesondere das Erfordernis, dauerhafte Lösungen im Bereich Asyl und Migration zu entwickeln - Erklärungen des Rates und der Kommission

## **Ausschuss der Regionen**

31.01.2023 NAT-Fachkommissionssitzung  
Ausgleich der Bedürfnisse von lokalen Gemeinschaften, Unternehmern und Reisenden im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen (Abstimmung)  
Ziele und Instrumente für ein intelligentes ländliches Europa (Abstimmung)  
Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Abstimmung)  
Krisenvorsorge und Krisenbewältigung: die Resilienz der Union und ihrer Regionen und Städte stärken (Meinungsaustausch)  
Rahmenvorschriften für nachhaltige Lebensmittelsysteme (Meinungsaustausch)

01.02.2023 CIVEX- Fachkommissionssitzung  
Die Zukunft der Östlichen Partnerschaft aus lokaler und regionaler Sicht (Abstimmung)  
Europäisches Medienfreiheitsgesetz (Abstimmung)  
Erweiterungspaket 2022 (Meinungsaustausch)

08./09.02.2023 153. AdR-Plenarsitzung  
Regionale Strategien zur Umstellung auf eine Niedrigemissions-Landwirtschaft  
Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten  
Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele  
Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität  
Notfallinstrument für den Binnenmarkt  
Die Menschen an die erste Stelle setzen, nachhaltiges und integratives Wachstum sichern und

das Potenzial der Gebiete in äußerster Randlage der EU erschließen  
 Schaffung eines günstigen Umfelds für die Sozialwirtschaft  
 Die Reaktion der Städte und Regionen auf die Energiekrise: auf dem Weg zu einer echten europäischen Energieunion  
 Europäische Strategie für Pflege und Betreuung  
 EU-Ziele für die Wiederherstellung der Natur  
 Ein angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung der sozialen Inklusion: die lokale und regionale Perspektive

## Europäischer Gerichtshof

- |            |   |
|------------|---|
| 30.01.2023 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den Rechtsmittelsachen C-451/21 P Luxembourg / Kommission und C-454/21 P Engie Global LNG Holding u.a. / Kommission<br>Tax Rulings  |
| 31.01.2023 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-158/21 Puig Gordi u.a.<br>Vollstreckung Europäischer Haftbefehle gegen Carles Puigdemont u.a.   |
| 31.01.2023 | Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-148/22 Commune d'Ans<br>Verbot des Tragens von Zeichen bestimmter Überzeugungen in der öffentlichen Verwaltung  |
| 02.02.2023 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-372/21<br>Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland<br>Subventionierung konfessionell geführter Schulen   |
| 02.02.2023 | Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-649/20 P Spanien /, C-658/20 P Lico Leasing und Pequeños y Medianos Astilleros Sociedad de Reconversión / und C-662/20 P Caixabank u.a. / Kommission<br>Staatliche Beihilfen – Spanisches True-Lease-Modell |

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 10.02.2023.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

